

ALEXANDER SCHÖLCH

## DAS DRITTE REICH, DIE ZIONISTISCHE BEWEGUNG UND DER PALÄSTINA-KONFLIKT\*

Historischen Hinterlassenschaften entrinnt man nicht; in den ungewöhnlichsten Konstellationen wird man zur Auseinandersetzung mit ihnen gezwungen. Ein Erbe, welches das Dritte Reich den Deutschen hinterlassen hat, ist die Verstrickung in den Palästina-Konflikt. Was die Entstehung des Staates Israel als Folge des Antisemitismus, der Judenverfolgung und schließlich des systematischen Völkermords im Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus anbelangt, so wurde das Erbe als Verpflichtung weitgehend angenommen. Was die direkten Folgen der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina anbelangt, insbesondere den Exodus der palästinensischen Araber, so wurde das historische Erbe weitgehend zurückgewiesen, indem man sich weigerte, den Zusammenhang zu sehen.

Das nationalsozialistische Regime war, obwohl es bis zum Weltkrieg eine Politik der Nichteinmischung und des Status quo im Palästina-Konflikt verfolgte, in widersprüchlicher Weise doppelt und unmittelbar in diesen Konflikt verwickelt: Einerseits durch die Förderung der Emigration deutscher Juden nach Palästina, die einen bedeutsamen Beitrag zum Aufbau der jüdischen „nationalen Heimstätte“ leistete, und andererseits durch die propagandistische Unterstützung des arabischen Widerstands gegen die Etablierung eben dieser „Heimstätte“ seit 1937.

Diese widersprüchliche und zeitweilig zweigleisige, in jedem Fall aber zynische und menschenverachtende Politik führte aufgrund der Kontakte und der konkreten Zusammenarbeit sowohl zionistischer als auch palästinensisch-arabischer Repräsentanten mit dem nationalsozialistischen Regime zu gegenseitigen Kollaborationsvorwürfen. Die Anschuldigungen mündeten sogar in das Verdikt, die Zionisten hätten ihre Geistesverwandtschaft mit den Faschisten bewiesen bzw. arabische Führer hätten das Ihre zur „Endlösung“ beigetragen. Wegen der aktuellen Wirksamkeit solcher Vorwürfe muß man sich mit ihnen auseinandersetzen. Die folgenden Reflexionen über unheilige Allianzen sollen einen Beitrag dazu leisten.

Zunächst soll das Verhältnis der zionistischen Bewegung zum Dritten Reich diskutiert werden. Dabei steht die zionistische Idee, der Zionismus als solcher, nicht zur Debatte. Die zionistischen Organisationen und ihre Institutionen in Palästina hatten 1933 bereits eine geschichtliche Entwicklung hinter sich, waren Fakten, von denen ausgehend hier diskutiert wird. Ebenso wenig wie um eine Kritik oder Apologie des Zionismus geht es aber um eine Kritik oder Apologie des Antizionismus. Zur Zionis-

\* Für die Lektüre des Manuskripts und für verschiedene Hinweise danke ich Peter Freimark (Hamburg) und Stefan Wild (Bonn). Selbstverständlich sind sie aber in keiner Weise für die Aussagen und Interpretationen in diesem Beitrag verantwortlich.

mus-Antizionismus-Debatte, die manchmal die Form eines Glaubenskrieges mit der Feder annimmt, werden im übrigen von jüdischen bzw. israelischen Autoren täglich neue Beiträge geleistet<sup>1</sup>, weil der praktische Zionismus nicht die erhoffte Sicherheit des Lebens gebracht hat und weil der theoretische Antizionismus zu bedenklich „konsequentem“ Denken führen kann.

Hier geht es um die Diskussion zweier Problemkreise, die vor allem in entsprechenden Anklageschriften gegen den Zionismus<sup>2</sup> thematisiert werden: um die Frage der Kooperation bzw. den Vorwurf der Kollaboration des Zionismus mit dem Nationalsozialismus im Zusammenhang mit der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina und dem Transfer ihres Vermögens von 1933 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs, ferner um die Reaktion der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) auf die Machtergreifung und das Verhalten der zionistischen Bewegung gegenüber der Entwicklung der „Judenpolitik“ des Dritten Reiches bis hin zur „Endlösung“.

Die Geschichte und das komplizierte Verfahren des Vermögenstransfers der nach Palästina auswandernden deutschen Juden, der durch das sog. Haavara-Abkommen<sup>3</sup> zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und zionistischen Vertretern aus Palästina und Deutschland im August 1933 geregelt wurde, brauchen hier nicht im einzelnen dargestellt zu werden. Dazu liegen eine Reihe detaillierter Studien vor<sup>4</sup>. Es geht lediglich um die historische Einordnung der Kooperation zwischen zionistischen und nationalsozialistischen Stellen.

Die Grundidee und das vorrangige Interesse auf zionistischer Seite war dabei, nach

<sup>1</sup> Vgl. die zionismuskritische Analyse eines in Deutschland lebenden Israelis: Dan Diner, *Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*, Königstein/Ts. 1980, und die „Abrechnung“ eines nach Israel ausgewanderten jüdischen Journalisten mit dem Antizionismus der deutschen Linken: Henryk M. Broder, *Ihr bleibt die Kinder Eurer Eltern*, in: *Die Zeit*, Nr. 10, 27. 2. 1981.

<sup>2</sup> Die Auseinandersetzung erfolgt hier vor allem mit zwei Schriften: 1. Klaus Polkehn, *The Secret Contacts: Zionism and Nazi Germany, 1933–1941*, in: *Journal of Palestine Studies* 19/20 (1976); in Hakam Abdel Hadi u. a., *BRD, Israel und die Palästinenser*, Köln 1973, S. 29, Anm. 6 wird eine frühere deutsche Version zitiert: K. Polkehn, *Die Kollaboration der Zionisten mit dem deutschen Kaiserreich und dem deutschen Faschismus*, in: *Resistentia-Schriften* Nr. 12, Frankfurt 1971 (Nachdruck aus der DDR-Wochenschrift „Horizont“); 2. Faris Yahya, *Die Zionisten und Nazi-Deutschland*, Beirut 1978 (Bearbeitung und Übersetzung: Palästinensischer Studentenverein in der BRD und West-Berlin). Yahya ist ein Pseudonym; es handelt sich um den Engländer Faris Glubb. Seine Schrift basiert weitgehend auf antizionistischer jüdischer Literatur unterschiedlichster Observanz.

<sup>3</sup> Haavara (hebr.) = Transfer.

<sup>4</sup> Vgl. Eliahu Ben Elissar, *La Diplomatie du III<sup>e</sup> Reich et les Juifs (1933–1939)*, Paris 1969, bes. S. 85–94 und 209–219; David Yisraeli, *The Third Reich and the Transfer Agreement*, in: *Journal of Contemporary History* 6/2 (1971); Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis und Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972; Friedrich Paul Harald Neubert, *Die deutsche Politik im Palästina-Konflikt 1937/38*, Phil. Diss., Bonn 1977, bes. Kap. 4; ‘Ali Maháfaza, *Al-‘aláqât al-almániya al-filastíniya 1841–1945*, Beirut 1981, S. 197–219; siehe auch Heinz Cohn und Erich Gutfeld, *Auswanderungsvorschriften für Juden in Deutschland*, Berlin 1938, bes. S. 39–44.

der Machtergreifung Hitlers einen Teil des Stroms der jüdischen Auswanderer nach Palästina zu lenken und durch den Transfer wenigstens eines Teils ihres Vermögens nicht nur zur personellen, sondern auch zur materiellen Stärkung des Jischuw (der jüdischen Bevölkerung Palästinas) beizutragen. Die jüdische Einwanderung in Palästina war jedoch genauen Bestimmungen bzw. Restriktionen der Mandatsmacht unterworfen, die dafür ein Quotensystem entwickelt hatte. Praktisch uneingeschränkt konnten lediglich Immigranten mit sog. Kapitalisten-Zertifikaten, d. h. mit einem „Vorzeigegeld“ von mindestens 1 000 Palästina-Pfund, ins Land kommen. Das war die objektive Ursache des Bemühens, nicht nur die Einwanderung, sondern auch die Überführung eines Teils des Vermögens deutscher Juden zu organisieren; die subjektive Ursache war der erhoffte Impetus für das wirtschaftliche „Aufbauwerk“ in Palästina.

Der Transfer erfolgte in der Form, daß das liquide Vermögen der Auswanderer bei einer Treuhandstelle in Deutschland (Paltreu) gutgeschrieben wurde. Von ihr waren die für ein „Kapitalisten-Zertifikat“ notwendigen Devisen zu erhalten; darüber hinausgehende Beträge wurden in Form von Waren transferiert, d. h. mit diesen Geldern wurde der Import deutscher Waren nach Palästina finanziert. Auf der palästinensischen Seite wurde der Transfer durch eine „Schwesterfirma“ der Paltreu abgewickelt, durch die Haavara Ltd.<sup>5</sup>. Es muß aber betont werden, daß der individuelle sog. Palästina-Transferent bei diesem Verfahren einen beträchtlichen Teil seines Vermögens verlor (vor allem durch Veräußerungsverluste, durch die Reichsfluchtsteuer und durch Transferverluste).

Polkehn mißachtet nun die objektiven Voraussetzungen der Einwanderungsbeschränkungen, wenn er, Patzold zitierend, den Vorwurf erhebt, nur die jüdische Bourgeoisie habe emigrieren können. Aufgrund kapitalistischer Interessen habe man den jüdischen Arbeiter bewußt seinem Schicksal überlassen. Weil die Zionisten einen kapitalistischen Staat aufbauen wollten, hätten sie sich mit den Antisemiten verbündet<sup>6</sup>. Diese Sicht ist aber, ganz abgesehen von den Restriktionen der Mandatsbehörden, auch faktisch schief. Von den ca. 50 000 deutschen Juden, die von 1933–1939 in Palästina einwanderten, kamen 20 000 aufgrund von „Kapitalisten-Zertifikaten“<sup>7</sup>. Dies war zwar ein hoher Anteil an der Gesamteinwanderung aus Deutschland im Vergleich zur „Kapitalisten-Einwanderung“ aus anderen Ländern; aber es handelte sich eben nicht nur um „Kapitalisten“. Während der späteren Debatte über Aufrechterhaltung oder Beendigung des Transfers wurde 1937 für eine Fortsetzung sogar ins Feld geführt, daß die Verbindung von „Kapitalisten“- und „Arbeiter“-Einwanderung in Palästina die Emigration unbemittelter Juden aus Deutschland fördere, die von den

<sup>5</sup> Das Haavara-System wurde 1935, nachdem der XIX. Zionistenkongreß in Luzern das Haavara-Abkommen gebilligt hatte, unter die direkte Kontrolle der zionistischen Exekutive gestellt; s. Ben Elissar, S. 186.

<sup>6</sup> Polkehn, S. 66; zitiert wird Kurt Patzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung, Berlin 1975.

<sup>7</sup> Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, S. 37 und 93. Diese 50 000 machten etwa 20% der deutschen Juden aus, die überhaupt auswandern konnten (ebenda, S. 11).

„Kapitalisten“ nachgezogen würden<sup>8</sup>. Zumindest seit 1937 wurden „Kapitalisten-Zertifikate“ auch von Emigranten in Anspruch genommen, die sich das notwendige „Vorzeigegeld“ nur temporär beschaffen konnten<sup>9</sup>. Außerdem wurden die „Kapitalisten-Zertifikate“ meist direkt von den britischen Konsulaten erteilt; das Palästinaamt der Jewish Agency war gar nicht damit befaßt. Seine Hauptaufgabe war in diesem Zusammenhang vielmehr die Verteilung der „Arbeiter-Zertifikate“<sup>10</sup>.

Dabei waren die Lebensbedingungen für mittellose Einwanderer in Palästina alles andere als rosig. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes finden sich z. B. zwei tragische Briefe von Mitgliedern einer jüdischen Arbeiterfamilie aus Chemnitz, die im September 1933 nach Palästina ausgewandert war und deren Angehörige schon im November einen Antrag auf Wiedereinreise nach Deutschland für sie stellten (der von den sächsischen Behörden abgelehnt wurde – zum Glück für sie). „Für arme ist hier kein Platz“, schrieben sie in ihrer Verzweiflung. „Trügen wir nicht die Hoffnung in uns auch wieder nach Deutschland zu fahren, dann lieber gleich einen Strick.“ „Als Jourist herkommen“, hieß es darin weiter, „ja da ist es gut und schön, aber als Arbeiter hier leben, das muß man gesehen haben.“ Für Arbeiter seien die Einwanderungszertifikate ein Schwindel. Selbst ein „deutsche[r] Sekretär vom Arbeitsamt ... ratet jedem, sowie er noch die kleinste Lebensmöglichkeit im Ausland hat dort zu bleiben“<sup>11</sup>.

Nichtsdestoweniger waren die beruflichen Qualifikationen eines großen Teils der deutschen Einwanderer, das finanzielle Gesamtvolumen des Transfers (139,6 Mio. Reichsmark von 1933 bis 1939)<sup>12</sup> und der Import wichtiger Investitionsgüter aus Deutschland entscheidende Faktoren der Festigung der jüdischen „nationalen Heimstätte“, zumal in einer Periode, in der diese durch den arabischen Aufstand (1936–1939) und die Zurückweisung der von der Peel-Kommission 1937 vorgeschlagenen Teilung des Landes durch die britische Regierung politisch gefährdet war<sup>13</sup>.

<sup>8</sup> Neubert, S. 127f. und 140f.

<sup>9</sup> S. Jehuda Barlev, Hechaluz, Deutscher Landesverband. Ein Bericht über seine Arbeit in den Jahren 1933 bis 1938, vervielfältigtes Manuskript, Februar 1979, S. 17f. (Bibliothek des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg).

<sup>10</sup> Siehe S. Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939, Tübingen 1974, S. 83f.

<sup>11</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (hinfort: AA), Politische Abteilung III, Politik 5, Palästina, Bd. 5: Schreiben des Sächsischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten vom 28. 11. 1933 an das Auswärtige Amt in Berlin, mit Abschriften zweier Briefe aus Jaffa, der erste vom 2. 11. 1933, der zweite undatiert.

<sup>12</sup> Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, S. 74f.

<sup>13</sup> Vgl. auch Helmut Mejcher, Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika 1918–1948, in: Helmut Mejcher und Alexander Schölch (Hrsg.), Die Palästina-Frage 1917–1948, Paderborn 1981, S. 187–189, sowie Nathan Weinstock, Das Ende Israels? Nahostkonflikt und Geschichte des Zionismus, Berlin 1975, S. 138 (Tabelle des durch Juden in Palästina investierten Kapitals und der importierten Industrieanlagen). Zur Organisation der „deutschen Alija“ und zur Eingliederung der deutschen Juden vgl. Hitachduth Olej Germania we Olej Austria, Der Weg der deutschen Alijah. Rechenschaft, Leistung, Verantwortung, Tel-Aviv 1939; Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, Kap. III; Perez Leshem, Straße zur Rettung. Der Weg deutscher Juden nach Palästina, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/73; Gerda Luft,

Daß einer der Gründe für den Aufstand der Palästina-Araber die verstärkte Einwanderung seit 1933 war; daß das Resultat dieses Aufstands eine Konsolidierung der „nationalen Heimstätte“ war; daß die britische Regierung in ihrem Weißbuch von 1939<sup>14</sup> als Reaktion auf den Aufstand und auf die Entwicklung der internationalen Lage den Aufbau der „nationalen Heimstätte“ gerade in einem Augenblick für abgeschlossen erklärte, als offene Türen für die jüdischen Verfolgten des Naziregimes lebensnotwendig waren<sup>15</sup>: all das gehört zu den tragischen Paradoxa des Palästina-Konflikts.

Jede Kritik an der Zusammenarbeit von Zionisten mit nationalsozialistischen Stellen im Rahmen des Haavara-Abkommens (und diese Kooperation war sowohl innerhalb der zionistischen Bewegung als auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaften Europas und Amerikas heftig umstritten) kann an dem Grundtatbestand nicht vorbeigehen, daß es eine Aktion war, die bedrängten deutschen Juden eine Emigrationsmöglichkeit in einer Zeit schuf, als ihnen die Tore Westeuropas und Amerikas keineswegs offenstanden. Verfolgten die Zionisten dabei sinistre Ziele? Sie hätten sich selbst und ihre Ideologie verleugnen müssen, wenn sie nicht die Gelegenheit genutzt und möglichst viele Auswanderer nach Palästina geleitet hätten. Verkörperte der Zionismus eine verwerfliche Idee, dann war alles verwerflich, was seine Repräsentanten taten. Das Haavara-Abkommen als solches stellt die Zionisten aber nicht bloß.

Die Beschuldigung, mit dem Abkommen seien „die Interessen der jüdischen Massen in Europa den politischen Ambitionen der Zionisten [geopfert worden]“<sup>16</sup>, wäre nur dann zutreffend, wenn dieses Abkommen die Emigration von Juden in andere Länder behindert oder die Situation der Juden in Deutschland verschlimmert hätte. Es waren doch nicht die Zionisten, denen es endlich gelang, die deutschen Juden von der Notwendigkeit der Emigration zu überzeugen, sondern es waren die Nazis, die sie zu dieser „Einsicht“ zwangen. Nicht die Zionisten haben das nationalsozialistische Regime zu dem Entschluß gebracht, die Emigration zu forcieren; vielmehr bedienten sich die Nazis der Zionisten. Diese versuchten, die Emigration in der für sie günstigsten Weise zu gestalten – die gleichzeitig den Interessen der nationalsozialistischen Stellen entsprach. Wenn behauptet wird, „das Zögern der deutschen Juden, sich auf Geheiß des Zionismus zu entwurzeln, mußte durch Überredung überwunden werden, die die Nazis gerne zu leisten bereit waren“<sup>17</sup>, so ist dies eine böartige Verkehrung von Ursache und Wirkung, die einer Entschuldigung der nationalsozialistischen Judenverfolgung gleichkommt, indem sie die Zionisten zu Initiatoren dieser „Entwurzelungspolitik“ stempelt.

---

Heimkehr ins Unbekannte. Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina vom Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1933–1939, Wuppertal 1977.

<sup>14</sup> Text in Walter Laqueur (Hrsg.), *The Israel-Arab Reader*, Harmondsworth 1970, S. 88–101.

<sup>15</sup> Dabei hielt die britische Regierung nicht nur die Türen Palästinas, sondern auch diejenigen Großbritanniens und des Empires zu; vgl. Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe 1939–1945*, Oxford 1979.

<sup>16</sup> Yahya, S. 19.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 30.

Was den heutigen Betrachter im Einzelfall peinlich berührt und was wohl auch lieber unter den Teppich gekehrt wird, ist nicht das Haavara-Abkommen, es sind vielmehr die gehörige Dosis Zweckrationalität, die individuelle zionistische Vertreter bei der Organisation der Palästina-Einwanderung außerhalb dieses Abkommens an den Tag legten, und ihre Beziehungen zu negativen Symbolfiguren wie z. B. Eichmann. So schreibt Hannah Arendt über jüdische Emissäre aus Palästina, welche die illegale Einwanderung organisierten und die 1938 in Wien mit Eichmann zusammenarbeiteten: „Sie waren von den Gemeinschaftssiedlungen in Palästina nach Europa geschickt worden, für Rettungsaktionen interessierten sie sich nicht: ‚das war nicht ihre Aufgabe‘. Vielmehr wollten sie ‚brauchbares Material‘ auswählen, und im Rahmen dieses Unternehmens betrachteten sie – da ja das Ausrottungsprogramm noch nicht in Gang gekommen war – als ihren Hauptgegner nicht diejenigen, die den Juden das Leben in der alten Heimat, in Deutschland und Österreich, unerträglich machten, sondern jene anderen, die den Zugang zur neuen Heimat versperrten; ihr Feind war ganz eindeutig nicht Deutschland, sondern England.“<sup>18</sup>

Zuvor schon, im Jahre 1937, hatte der Haganah-Offizier Polkes in Berlin Gespräche mit Eichmann über eine aktive Zusammenarbeit zur Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina geführt und als Gegenleistung die Förderung deutscher Interessen im Nahen Osten angeboten. Er lud Eichmann auch nach Palästina ein, doch ließen die Engländer diesen und seinen Begleiter Hagen nicht ins Land. Im Oktober 1937 traf man sich schließlich im Café Groppi in Kairo, um erneut über eine mögliche Kooperation bei der jüdischen Emigration nach Palästina zu sprechen<sup>19</sup>.

Was beweisen diese und andere Kontakte ähnlicher Art? Daß die Zionisten ihr rassistisches und chauvinistisches Gesicht zeigten, indem sie auf die Linie der Faschisten einschwenkten, wie Polkehn konstatiert<sup>20</sup>? Dies ist eine eigenwillige historische Interpretation. Wieviel kleine und große politische „Pakte mit dem Teufel“ wurden und werden täglich geschlossen, wenn es um die eigenen Gruppen- oder nationalen Interessen geht! Muß man daran erinnern, daß auch die Sowjetunion, der nach Polkehn die überlebenden Juden in besonderem Maße ihr Leben verdankten<sup>21</sup>, zunächst mit Hitler paktiert hatte? Aktivisten der palästinensischen Zionisten haben versucht, gegen die Politik der Mandatsmacht die illegale Einwanderung mit dem Ziel zu forcieren, eine jüdische Bevölkerungsmehrheit in Palästina zu schaffen, und sie haben zu diesem Zweck, sozusagen von Agent zu Agent, zu Vertretern von Gestapo und SS Kontakte geknüpft. Weder daraus noch von den Aktionen rechtsradikaler und terroristischer jüdischer Gruppen her<sup>22</sup> lassen sich die Ideologie *des* Zionismus und die Po-

<sup>18</sup> Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 91.

<sup>19</sup> Yisraeli, *Transfer Agreement*, S. 138 f.; Polkehn, S. 69–76; Arendt, S. 92.

<sup>20</sup> Polkehn, S. 57 und 59.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>22</sup> Daß die sog. Stern-Bande, eine von der Irgun (ab 1943 von Begin geführt) abgespaltene Terrororganisation, das Bündnis mit Nazis und Faschisten suchte, ist allgemein bekannt, vgl. Walter Laqueur, *A History of Zionism*, London 1972, S. 556, und Yaacov Shimoni and Evyatar Levine (Hrsg.), *Political Dictionary of the Middle East in the Twentieth Century*, Jerusalem 1972, S. 183

litik der zionistischen Bewegung definieren. Wir werden vielmehr zurückverwiesen auf ihr grundlegendes Ziel: den Aufbau einer jüdischen „nationalen Heimstätte“ in Palästina. Dieses Ziel wurde in einer Phase, in der es in den Augen der Zionisten durch die Existenzbedrohung der jüdischen Gemeinschaften in Europa seine letzte Rechtfertigung erhielt und in der es in Palästina selbst gefährdet war, um so entschlossener, verbissener, skrupelloser verfolgt.

Daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus in Europa und der Entstehung und Entwicklung der zionistischen Bewegung bestand, ist nicht erst eine nachträglich gewonnene historische Erkenntnis. Dieser Zusammenhang war den „Gründungsvätern“ der Bewegung klar bewußt: der Zionismus war eine Antwort auf den Antisemitismus, und der Antisemitismus war die *raison d'être* des Zionismus. Die „Kraft, die wir brauchen“, schrieb Herzl, „wird uns vom Antisemitismus geliefert.“<sup>23</sup> Antisemiten wie Zionisten waren der Auffassung, daß Assimilation die „Judenfrage“ nicht lösen würde, die einen, weil „gemeiner Brotneid, angeerbtes Vorurteil, religiöse Unduldsamkeit“, um Herzls Diagnose zu zitieren<sup>24</sup>, sie eine solche Lösung nicht akzeptieren ließ, die anderen, weil sie aufgrund der konkreten Erfahrungen europäischer Juden an den Erfolg dieser Lösung nicht mehr glauben konnten. In der Überzeugung, daß die Juden ein eigenständiges Volk, eine eigene „Rasse“ darstellten, trafen sich beide. Die Zionisten zogen den Schluß, daß die „Judenfrage“ nur nationalstaatlich, nicht etwa rechtlich-emanzipatorisch oder sozialrevolutionär, zu lösen war.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund ist die Stellungnahme der ZVfD zur Entwicklung nach der Machtergreifung zu beurteilen und mit derjenigen der im September 1933 gegründeten Reichsvertretung der deutschen Juden zu vergleichen, in welcher damals der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) die Mehrheitsfraktion bildete<sup>25</sup>. Die beiden nachfolgend zitierten Denkschriften, die ursprünglich in der Festschrift für Siegfried Moses (den ehemaligen Vorsitzenden der ZVfD) in der Absicht publiziert wurden, Materialien zur Vergangenheitsbewältigung „auch im jüdischen Lager“ zu liefern<sup>26</sup>, sind seither immer wieder mit dem Ziel abge-

---

und 362f. Polkehn, S.76–80, berichtet ausführlich von einem dem deutschen Marineattaché in der Türkei im Januar 1941 unterbreiteten Angebot der Irgun zur Zusammenarbeit mit den Nazis mit dem Ziel einer „radikalen Lösung“ des Judenproblems in Europa durch Emigration und der Gründung eines faschistischen Staates in Palästina, der gemeinsam mit Hitler-Deutschland gegen England kämpfen sollte. Dieses Dokument mag authentisch sein; der einzige Schönheitsfehler ist, daß Polkehn seine Quelle nicht nennt. Der Bericht des Attachés, sagt er lediglich, „is still kept in a locked archive in Britain“.

<sup>23</sup> In: Arno Ullmann (Hrsg.), *Israels Weg zum Staat*, München 1964, S. 120.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 113.

<sup>25</sup> Die wichtigsten Mitgliedsverbände der Reichsvertretung hatten nach Lucy S. Dawidowicz (*Der Krieg gegen die Juden 1933–1945*, München 1979, S. 160f.) im Jahre 1933 folgende Mitgliederzahlen: CV 70 000, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 30 000, ZVfD 10 000. Die Mitglieder des Centralvereins und des Reichsbundes waren Nicht- oder Antizionisten.

<sup>26</sup> Franz Meyer, *Bemerkungen zu den „Zwei Denkschriften“*, in: Hans Tramer (Hrsg.), *In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel-Aviv 1962, S. 116.

druckt worden<sup>27</sup>, die Zionisten anzuprangern, sie der Kollusion mit den Nazis zu überführen und ihnen rassistischen Chauvinismus vorzuwerfen. Wenn es aber nicht darum geht, das so verstandene „Wesen des Zionismus“ zu „entlarven“<sup>28</sup>, sondern zu einer historischen Einordnung zu gelangen, wird man differenzierter argumentieren.

Für den überzeugten Zionisten lieferte der politische Erfolg der Nationalsozialisten den schlagkräftigsten Beweis für die Richtigkeit der eigenen These von der ewigen Gefährdung durch den Antisemitismus. Man hatte es „schon immer gewußt“ und war nun in Gefahr, in die Pose des Rechthabers zu verfallen. Die Thesen vom „fremden Volk“, von der „jüdischen Rasse“, von der „jüdischen Art“, welche die neuen Machthaber verkündeten, schreckten einen Zionisten weit weniger als einen assimilierten „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“<sup>29</sup>.

„Unsere Anschauungen“, hieß es in der Denkschrift der ZVfD vom 21.6. 1933<sup>30</sup>, ermöglichen „nach unserer Meinung eine den Grundsätzen des neuen deutschen Staates der nationalen Erhebung entsprechende Lösung“, denn „auch für den Juden müssen Abstammung, Religion, Schicksalsgemeinschaft und Artbewußtsein von entscheidender Bedeutung für seine Lebensgestaltung sein“. Die Stellung der Juden in Deutschland solle durch „Anerkennung ihrer Sonderart geregelt“ werden, durch einen Status als nationale Minderheit. „Wir wollen auf dem Boden des neuen Staates, der das Rassenprinzip aufgestellt hat, unsere Gemeinschaft in das Gesamtgefüge so einordnen, daß auch uns, in der uns zugewiesenen Sphäre, eine fruchtbare Betätigung für das Vaterland möglich ist.“ Im übrigen strebe der Zionismus nach einer „Entlastung der jüdischen Position in Deutschland“ durch Auswanderung nach Palästina. „Für seine praktischen Ziele glaubt der Zionismus auch die Mitwirkung einer grundsätzlich judengegnerischen Regierung gewinnen zu können ... Die Verwirklichung des Zionismus könnte durch ein Ressentiment von Juden im Ausland gegenüber der deutschen Entwicklung nur geschädigt werden“, vor allem durch die „Boykottpropaganda“.

Sieht man einmal darüber hinweg, daß die Zionisten in diesem Text die Sprache der Nazis imitierten („Bindungen von Blut und Geschichte“, „seelische Sonderart“, „Schicksalsgemeinschaft und Artbewußtsein“, „blutmäßige Gegebenheiten“, „Reinerhaltung der jüdischen Art“, „artbewußtes Judentum“ usw.), so scheint durch ihn die historische Logik des Zionismus hindurch. Die Thesen der Antisemiten wurden nicht zurückgewiesen; vielmehr wurde ein Minoritätenstatus und eine Zusammenarbeit auch mit der „judengegnerischen“ Regierung zur Verwirklichung der „praktischen Ziele“ des Zionismus angestrebt. Diese Zusammenarbeit wurde zwei Monate später durch das Haavara-Abkommen realisiert.

<sup>27</sup> Z. B. in Abdel Hadi u. a., S. 65–77, und in Yahya, S. 81–93.

<sup>28</sup> „In der Erklärung der Zionistischen Vereinigung zur faschistischen Judenpolitik entlarvt sich das Wesen des Zionismus in seinen gemeinsamen Wurzeln mit dem Faschismus: Nationalismus, Rassismus und Antikommunismus.“ So Abdel Hadi u. a., S. 33.

<sup>29</sup> Vgl. auch Hermann Meier-Cronmeyer, Kleine Geschichte des Zionismus (= Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e. V., Schriften Band 2), Berlin 1980, S. 91–96.

<sup>30</sup> Tramer (Hrsg.), S. 120–123.



Dagegen war das Thema der Denkschrift der Reichsvertretung der deutschen Juden vom Januar 1934<sup>31</sup> die Forderung nach Gleichberechtigung, nach Beendigung der diskriminierenden Behandlung und der Diffamierung der Juden. Die Denkschrift war eine Anklage ohne jeden Versuch der Anbiederung. Man erhob die Stimme im Namen der „deutschen Juden“ bzw. der „jüdischen Gemeinden“. „Schwerer noch als alle wirtschaftliche Not lastet auf uns seelische Bedrückung“, hieß es. „Die rassische Voraussetzung, auf die sich der nationalsozialistische Staat aufbaut, geht von dem Gedanken der Andersartigkeit seines jüdischen Bestandteiles aus. Den Vorwurf der Minderwertigkeit aber kann keine Gemeinschaft hinnehmen, die auf Ehre und Würde hält.“ Der einzige Punkt, in dem sich diese Denkschrift mit der zionistischen Stellungnahme traf, war die Erkenntnis, daß wohl „doch unter dem Zwange der gegenwärtigen Lage viele jüdische Menschen auswandern müssen ... Das deutsche wie das jüdische Ansehen erfordert, daß diese Auswanderung planmäßig vorbereitet und geregelt werde“. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Vorbereitungsarbeit zu unterstützen. Dies wurde geschrieben, als das Haavara-Abkommen schon in Kraft war.

Die unterschiedlichen Positionen der ZVfD und der Reichsvertretung waren deutlich: Forderung nach einem Minderheitenstatus auf der einen, nach Gleichberechtigung auf der anderen Seite; Auswanderung als „praktisches Ziel“ auf der einen und als bitterer Ausweg auf der anderen Seite<sup>32</sup>. Daß die Nazis bis zum November 1938 die Arbeit der Zionisten förderten, ihre Organisationen und Institutionen zumindest weniger belästigten als die der „Assimilanten“<sup>33</sup>, kann man jedoch den Zionisten schlecht als Vergehen anlasten. Aus dieser Tatsache die Gleichung Zionismus = Faschismus abzuleiten<sup>34</sup>, zeigt ein eigenartiges historisches Verständnis. Die Zionisten wurden nicht „protegiert“, weil sie wesensverwandte Faschisten, sondern weil sie bereit waren, Juden „planmäßig“ aus Deutschland hinauszuführen.

Die jüdische Organisation, die sich gerade als Folge ihrer strikten Ablehnung der These vom „fremden Volk“ tatsächlich mit nationalsozialistischen Anschauungen identifizierte, die sich 1933 nach dem „Führerprinzip“ reorganisierte, welche die jüdische Jugend im Sinne des nationalsozialistischen Staates erziehen und die Juden ins-

<sup>31</sup> Ebenda, S. 124–127.

<sup>32</sup> Vgl. auch Benno Cohn, Einige Bemerkungen über den deutschen Zionismus nach 1933, in: Tramer (Hrsg.), S. 51 f. Der Verfasser meint, die deutschen Zionisten hätten, bis ihre Organisation ohnehin verboten und die Räume der ZVfD am 16. 11. 1938 von der Gestapo geschlossen wurden, der Gefahr der „ideologischen Gleichschaltung mit den Nazis“ getrotzt und sowohl der Versuchung widerstanden, „in ihren Reden ... eine Assoziation zu den Parolen der Nazis und ihrer Rassentheorie aufkommen zu lassen“ (S. 46), als auch der Versuchung, sich von den Nazis gegen ihre innerjüdischen Kontrahenten, die Nicht-Zionisten, ausspielen zu lassen (S. 52 f.). Zur innerjüdischen Situation und zu den politischen Richtungen siehe auch Kurt R. Grossmann, Zionists and Non-Zionists under Nazi Rule in the 1930's, in: Herzl Yearbook IV (1961–62), S. 329–344; Arnold Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, in: Werner E. Mosse und Arnold Paucker (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966, S. 405–424.

<sup>33</sup> Vgl. Ben Elissar, S. 84–87 und 186 f.; Dawidowicz, S. 84 f. und 181 f.

<sup>34</sup> Vgl. Polkehn, S. 57–62, und die Illustrationen in Yahya, passim.

gesamt in diesen Staat einordnen wollte, war der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) mit seinen 30 000 bis 40 000 Mitgliedern. Durch „Überanpassung“, durch „Verinnerlichung der Normen“ (Dunker) des „neuen Deutschland“ versuchte der RjF, dem Antisemitismus die Spitze zu nehmen. Doch wurde diese Haltung von den Nazis nur kurze Zeit „honoriert“. Die Hoffnungen des RjF erwiesen sich schnell als Illusionen. Seit Ende 1935 beschäftigte sich auch der Reichsbund mit der Frage der Auswanderung und mit Palästina, und 1937 söhnte er sich mit der ZVfD aus, die er zuvor heftig bekämpft hatte<sup>35</sup>.

Die Bereitschaft der Repräsentanten der zionistischen Bewegung, über die Verwirklichung ihres unmittelbaren Ziels hinaus – eine „nationale Heimstätte“ in Palästina aufzubauen – zur geordneten Emigration beizutragen, war allerdings gering. Andere jüdische Organisationen mochten andere humanitäre und philanthropische Aufgaben haben; die Aufgabe der zionistischen Bewegung war das „Aufbauwerk“ in Palästina, der Landerwerb, die Organisation der Einwanderung. Die Diaspora interessierte insbesondere die palästinensischen Zionisten vorrangig unter diesem Aspekt<sup>36</sup>. So schreibt Nahum Goldmann, selbst führender Zionist, über den „Palästinenser“ Ben Gurion: „[Ich weiß] von keinem einzigen Fall, in dem Ben Gurion, gewöhnlich so voller Initiative in allen zionistischen Aktionen, etwas zur Rettung europäischer Juden unternahm.“<sup>37</sup> Das 1933 gebildete Zentralbüro für die Ansiedlung deutscher Juden innerhalb der Jewish Agency for Palestine schloß Antizionisten als Zertifikatsbewerber aus; „als Kandidaten für die Alija [Einwanderung] wurden junge, gesunde Leute mit einer gewissen Schulung in der Landwirtschaft oder in einem Handwerk bevorzugt, sowie Personen mit einem gewissen Kapital; die Bedürfnisse und Interessen Palästinas hatten Vorrang vor der Rettung von Juden“<sup>38</sup>, jedenfalls bis 1938. Nach Palästina sollten also „geeignete“ Zionisten kommen, andere Auswanderungswillige bzw. zur Auswanderung Gezwungene konnten ja ins „westliche Ausland“ emigrieren. Dementsprechend gab es eine klare Arbeitsteilung bei der Organisation der Auswanderung aus Deutschland: der Hilfsverein der deutschen Juden war für die nicht-palästinensische Emigration, das Palästinaamt der Jewish Agency für die Palästina-Wanderung zuständig<sup>39</sup>. Was die Arbeit ihrer eigenen Organisationen anbelangt, so bestanden die Zionisten hinsichtlich des Auswanderungsziels in ideologischer Starrheit also „ausschließlich auf Palästina . . . , während die Nicht-Zionisten die ganze Welt nach irgendeinem Zufluchtsort absuchten“<sup>40</sup>. Zwischen einer solchen Feststellung, auch wenn sie so kategorisch getroffen wird wie hier von Lucy Dawidowicz, und der Anklage, die Zionisten hätten die Rettung außerhalb Palästinas aktiv

<sup>35</sup> Vgl. Ulrich Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938*, Düsseldorf 1977, bes. S. 113–185; zur Mitgliederbewegung s. S. 244, Anm. 33.

<sup>36</sup> Vgl. Nahum Goldmann, *Mein Leben als deutscher Jude*, München und Wien 1980, S. 239.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 261.

<sup>38</sup> Dawidowicz, S. 179.

<sup>39</sup> Vgl. Adler-Rudel, Kap. III, und Werner Rosenstock, *Exodus 1933–1939*, in: Robert Weltsch (Hrsg.), *Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise*, Stuttgart 1963, S. 380–405.

<sup>40</sup> Dawidowicz, S. 182.

verhindert und seien daher mitverantwortlich für den Holocaust<sup>41</sup>, besteht aber ein großer Unterschied.

Die von Juden, Zionisten wie Nicht-Zionisten, selbstbeschuldigend, mit Vorwürfen an die eigene Adresse gestellte Frage, warum die jüdischen Organisationen in aller Welt die Nazis nicht konsequenter bekämpften und warum sie nicht mehr zur Rettung der Juden aus den Händen des Hitler-Regimes taten<sup>42</sup>, braucht hier nicht aufgegriffen zu werden. Dieses Problem steht in der Literatur neben den Fragen, wie das beispiellose Verbrechen der „Endlösung“ überhaupt möglich wurde und warum sich die westlichen Länder so indifferent verhielten, so wenig zur Verhinderung der Katastrophe und zur Rettung der jüdischen Opfer unternahmen. Hier geht es nur um einen Ausschnitt des Problems, nämlich um die Politik der zionistischen Bewegung, um die „ideologische Starrheit“ ihrer Repräsentanten, die keine andere Lösung als die palästinensische in Betracht zogen.

Wurde den Zionisten aber eine realistische Alternative angeboten, ja aufgedrängt, um sie an ihrem axiomatischen Selbstverständnis zweifeln zu lassen? Gab es Entwicklungen, Reaktionen auf die Judenverfolgung in Deutschland, die sie hätten zwingen müssen, ihr Ziel zumindest vorübergehend hintanzustellen, um die verfolgten Juden erst einmal in andere sichere Häfen zu führen, zumal der palästinensische so sicher nicht war? War es vielmehr nicht so, daß das Trauerspiel der zugehaltenen Türen bis hin zum Scheitern der von Präsident Roosevelt im Juli 1938 einberufenen Flüchtlingskonferenz in Evian<sup>43</sup> ihren Glauben an die Einbahnstraße Palästina nur noch bestärken mußte? Mußten sie nicht zu dem Schluß kommen, daß „die Welt“ die Juden ihrem Schicksal zu überlassen bereit war? Teilte sich die Welt damals nicht „in Länder ... die die Juden loswerden, und solche, die sie nicht aufnehmen wollten“<sup>44</sup>? Es ist, wie Wasserstein zu Recht sagt, „a peculiar inversion of logic“, den Zionisten anzulasten, daß z. B. die britische Regierung die Tore Englands und der Kolonien nicht für jüdische Flüchtlinge öffnete<sup>45</sup>. So verhärtete sich die ohnehin feste Überzeugung nur noch mehr, daß nur Palästina, die eigene „nationale Heimstätte“, der jüdische Staat, die Lösung sein könne. Die Staatsidee wurde seit 1937 zu einem Glaubensgrundsatz<sup>46</sup>.

Wer aber suggerieren will, daß der schließliche Erfolg des Zionismus in Palästina Beweis für die Wahrscheinlichkeit eines zionistischen Erfolgs im Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror und für die rettende Aufnahme seiner Opfer insbeson-

<sup>41</sup> Yahya, S. 75–80.

<sup>42</sup> Vgl. z. B. Alex Bein, *Die Judenfrage*, Stuttgart 1980, Bd. 1, S. 379–381, und Goldmann, S. 241–281 und 342–355, der das Fazit zieht: „Es war eine Prüfung, und wir haben sie nicht bestanden“ (S. 259).

<sup>43</sup> Vgl. Ben Elissar, S. 95–111, 240–280 und 376–456; Laqueur, *A History of Zionism*, S. 506–508; Adler-Rudel, S. 73–75 und 88–94; Bein, Bd. 1, S. 376–379; Goldmann, S. 295–301.

<sup>44</sup> Luft, S. 138.

<sup>45</sup> Wasserstein, S. 347.

<sup>46</sup> Vgl. Peter Freimark, *Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina*, in: Mejer/Schölich (Hrsg.), S. 47–72.

dere in England und den USA ist, verwechselt einmal mehr Ursache und Wirkung. Der jüdische Staat in Palästina war nach Kriegsende für die Siegermächte die „ideale“ Lösung der Probleme auf Kosten Dritter und zur Besänftigung des eigenen schlechten Gewissens. Dafür war zwar zionistische Lobbytätigkeit erforderlich, doch der Glaube an die Macht der zionistischen Bewegung, damals und erst recht in der Vorkriegszeit<sup>47</sup>, gleicht dem Glauben an die „Verschwörung des Weltjudentums“. Zwar trieb der Nationalsozialismus Tausende von Juden in Deutschland und Zehntausende in der Welt in die Arme des Zionismus, doch war die zionistische Bewegung vor 1933 die Organisation einer jüdischen Minderheit und blieb dies auch bis zum Krieg<sup>48</sup>.

In Palästina war die zionistische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg allein aufgrund der partiellen Identität ihrer Interessen mit denen des britischen Imperialismus zum Zuge gekommen. Und genau in den Jahren, in denen die Entrechtung der Juden in Deutschland Schritt für Schritt vollzogen wurde und die „Reichskristallnacht“ schließlich zeigte, daß es nur noch schlimmer werden würde, geriet auch ihre politische Position in Palästina ins Wanken. Aufgeschreckt durch den arabischen Aufstand der Jahre 1936–1939 und die Haltung einiger arabischer Regierungen kündigte die britische Regierung die bisherige gemeinsame Geschäftsgrundlage auf und erklärte im Weißbuch von 1939 den Aufbau der „nationalen Heimstätte“ für beendet. Die Möglichkeit des Landerwerbs sollte weitestgehend eingeschränkt und die Einwanderung nach einer Übergangszeit von fünf Jahren praktisch eingestellt werden. Als der Zweite Weltkrieg begann, war die zionistische Bewegung nicht eine mächtige weltweite Organisation, die den Regierungen ihren Willen aufzwingen konnte, sondern eine Bewegung, die um die Rettung dessen kämpfte, was sie in Palästina seit 1917 durchgesetzt hatte. Erst die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, der Holocaust und die Nachkriegsplanungen der Großmächte, insbesondere der USA, verschafften ihr wieder Auftrieb.

Den Zionisten kann man auch nicht ein besonderes Maß an Unterlassungsschuld oder absichtlicher Blindheit vorwerfen. Warum hätten sie vor 1938 oder vor 1942 klarer als die deutsche Bevölkerung, klarer als die Juden in aller Welt und klarer als das „westliche Ausland“ den millionenfachen Mord, die Auslöschung der jüdischen Gemeinschaften vorhersehen sollen? Sie waren auf Palästina fixiert, aber um sich aus dieser Fixierung zu lösen, hätten sie aufhören müssen, Zionisten zu sein. Nach der „Reichskristallnacht“, insbesondere aber nach der Veröffentlichung des britischen Weißbuchs von 1939 einerseits und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs andererseits hatten sie nichts anderes mehr im Sinn als Palästina. Die Katastrophe in Europa nahm ihren Lauf, die Zionisten konnten sie ohnehin nicht aufhalten, sie blieben Zuschauer. Aber sie klammerten sich mit Verbissenheit an Palästina, fest entschlossen, dort einen Staat zu gründen, ganz gleich, welche Konsequenzen ein solcher Schritt haben würde.

<sup>47</sup> Vgl. z. B. Yahya, S. 35 und 53.

<sup>48</sup> Laqueur, A History of Zionism, S. 503, 512 und 549 f.; Dawidowicz, S. 166.

Aber man lastet den Zionisten sogar eine aktive Mitverantwortung für die Naziverbrechen in Osteuropa an. In diesem Kontext geht es wiederum nicht darum, die innerjüdische Diskussion aufzugreifen, die sich an den Kollaborationsvorwurf anschloß, den Hannah Arendt gegenüber jüdischen Führern und „Judenräten“ in den Gebieten unter deutscher Herrschaft formulierte. Lucy Dawidowicz wirft ihr deswegen historische Verdrehung vor, Alex Bein urteilt differenzierter, weniger apologetisch<sup>49</sup>. Doch was immer im Inferno des Grauens und der Vernichtung geschah, das die deutsche Besatzungsmacht im Osten inszenierte, hier gilt Beins Warnung: „Ein Recht zur Anklage gegen die jüdischen Führer, die Führungsgremien und die in Ghettos und Todeslagern Gemordeten ... steht nur denen zu, die am Platz waren und anders gehandelt haben, nicht den Angehörigen der anderen Völker. Ihnen gebührt das ‚J'accuse!‘ der Juden, nicht umgekehrt.“<sup>50</sup>

Yahya unternimmt nun den Versuch, nicht nur die „Judenräte“ und einzelne jüdische Führer der Kollaboration zu beschuldigen, sondern sie als Zionisten zu identifizieren, um auf diese Weise nicht nur die zionistische Bewegung zu diskreditieren, sondern ihre Vertreter der aktiven Verbrechen Seite an Seite mit den Nazis zu „überführen“<sup>51</sup>. Die „zionistische Führung“ habe „die Bemühungen der Nazis, jeden jüdischen Widerstand zu zerschlagen“, unterstützt<sup>52</sup>. Diese Geschichtsklitterung gelang aber nur unvollkommen. Das bekannte Faktum z. B., daß immer wieder lokale zionistische Gruppierungen bei der Organisation des Widerstands in vorderster Front standen<sup>53</sup>, hinterließ auch bei Yahya Spuren, dort nämlich, wo die Anzahl zionistischer Kombattanten während des Aufstandes im Warschauer Ghetto zitiert wird<sup>54</sup>. Hier ist dem Autor offenbar ein „Mißgeschick“ unterlaufen.

Vor allem aber: Was immer sich einzelne Juden, einschließlich Kastners<sup>55</sup>, in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten haben zuschulden kommen lassen, ganz gleich, ob sie ihrer Überzeugung nach Zionisten oder Nicht-Zionisten waren – wer kann auf die Idee kommen, ihre Handlungen *den* Zionisten anzulasten? Und nur wer nie etwas davon gehört hat, wie wenig erfolgreich die Bemühungen zur Aufstellung jüdischer Militäreinheiten waren, die mit Franzosen und Engländern kämpfen sollten, wie abweisend die Vorschläge zur Rettung osteuropäischer Juden in England und den USA behandelt wurden<sup>56</sup>, kann den Zionisten vorwerfen, mit ihrem „hoch-

<sup>49</sup> Arendt, bes. Kap. VII; Dawidowicz, S. 333–341 und 426 f.; Bein, Bd. 1, S. 387–394, und Bd. 2, S. 341 und 345 f.; vgl. auch Isaiah Trunk, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972, und Ron H. Feldman (Hrsg.), *Hannah Arendt. The Jew as Pariah: Jewish Identity and Politics in the Modern Age*, New York 1978.

<sup>50</sup> Bein, Bd. 1, S. 393.

<sup>51</sup> Yahya, S. 35–48.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>53</sup> Dawidowicz, S. 298–328.

<sup>54</sup> Yahya, S. 46.

<sup>55</sup> Zum Fall Kastner vgl. Arendt, *passim* (s. Register), und Yahya, S. 55–69. Es wäre angebracht gewesen, wenn Lucy Dawidowicz in ihrem Ungarn-Kapitel (S. 370–375) etwas dazu gesagt hätte, nachdem sie massive Vorwürfe gegen Hannah Arendt erhob.

<sup>56</sup> Vgl. Laqueur, *A History of Zionism*, S. 540 f.; Wasserstein, *passim*; Goldman, S. 318–320.

organisierten weltweiten Apparat“ die Ghetto-Aufstände im Osten nicht militärisch unterstützt zu haben<sup>57</sup>.

Man kann die Ideologie des Zionismus für im Ansatz verfehlt halten, man muß die Entwicklung der zionistischen Bewegung kritisch analysieren, man darf die Folgen ihrer Politik für die angestammte arabische Bevölkerung Palästinas nicht verschleiern – aber man darf die zionistische Bewegung nicht dämonisieren. Allzuleicht wird sie sonst zu einem allgegenwärtigen Popanz, der sich der historischen Betrachtung entzieht.

Bevor nun die Beziehungen palästinensischer Nationalisten zum nationalsozialistischen Deutschland analysiert werden, muß etwas zur Diskussion über das Haavara-Abkommen durch deutsche Partei- und Regierungsstellen gesagt werden. Die deutsche Regierung betrieb ja keine aktive Palästina-Politik; vielmehr wurde sie einerseits durch die Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina, die nicht ohne Folgen für die Entwicklung des Landes bleiben konnte, und andererseits durch arabische Bitten um Unterstützung in den Palästina-Konflikt verwickelt.

Das Haavara-Abkommen war schon seit 1933 zwischen Partei- und Regierungsstellen, zwischen verschiedenen Ministerien und zwischen verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amtes umstritten. Mit der krisenhaften Entwicklung in Palästina seit 1936 und dem Vorschlag der Teilung des Landes durch die Peel-Kommission im Jahre 1937 konnte man im Rahmen der Festlegung einer deutschen Position auch einer grundsätzlichen Debatte über das Für und Wider des Transfer-Abkommens und der Förderung der Auswanderung nach Palästina nicht mehr ausweichen. Die in zahlreichen Schriftstücken mit geradezu ermüdender Beharrlichkeit immer neu vorgetragenen Argumente der Gegner und Befürworter der Haavara-Politik sollen hier zusammenfassend genannt werden<sup>58</sup>.

Unmittelbares Ziel des Abkommens war es, einen Beitrag zur Schaffung eines „judenreinen“ Deutschlands zu leisten, da man von einer besonders starken Anziehungskraft Palästinas auch auf auswanderungswillige deutsche Juden ausging. Mit Hilfe des Abkommens konnte diese Auswanderung „devisenschonend“, d.h. ohne beträchtliche Kosten an Devisen, gestaltet werden. Hinzu kam die Überlegung, daß die Juden, wohin sie auch emigrierten, die Feindschaft gegen das „neue Deutschland“

<sup>57</sup> Yahya, S.35.

<sup>58</sup> Zur Haavara-Politik im Rahmen der deutschen Palästina-Politik der Jahre 1933–1939 vgl. Ernst Marcus, *The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1933–1939*, in: *Yad Washem Studies* 2 (1958), S.179–204; Lukasz Hirszowicz, *The Third Reich and the Arab East*, London 1966, Kap.II; Ben Elissar, S.185–225; R.Melka, *Nazi Germany and the Palestine Question*, in: *Middle Eastern Studies* 5 (1969), S.221–233; Yisraeli, *Transfer Agreement*, passim; David Yisraeli, *The Third Reich and Palestine*, in: *Middle Eastern Studies* 7 (1971), S.343–353; Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, bes. S.20–33; Salmán Raschíd Salmán, *Almánya an-náziya wa-l-qadiya al-filastiniya*, in: *Schu'ün Filastiniya* 31 (1974), S.92–104; Neubert, passim; Muhammad Fayiz 'Abdasa'id, *Mauqif al-hukúmat al-almányiya min al-hidschra al-yahúdiya ilá Filastín min 1880–1940*, Amman 1980 (erscheint in den Akten des 3.Internationalen Kongresses zur Geschichte von Bilád asch-Schám); Maháfaza, Kap.IV und V.

schützen würden; es wäre daher besser, wenn sie sich auf Palästina konzentrierten, da man dann die „geballe Abwehr“ auf diesen „Hauptunruheherd“ würde lenken können. Wenn sie sich aber zerstreuten und in ihren neuen Gastländern zweifellos wichtige ökonomische Positionen eroberten, würden zahlreiche „Agitationsherde“ entstehen, die dem Deutschen Reich wirtschaftlich und politisch schaden könnten.

Wirtschaftliche Überlegungen spielten vor allem in der ersten Phase der Abwicklung des Abkommens eine herausragende Rolle. Das Transfergeschäft sollte einen Beitrag zur Förderung des deutschen Exports und damit der Arbeitsbeschaffung leisten, und es sollte eine Bresche in die Boykottfront schlagen, die von englischen und amerikanischen Juden gegen Hitler-Deutschland aufzurichten versucht wurde. In der Torpedierung eines wirksamen, weltweiten jüdischen Boykotts hat das Abkommen in der Tat wohl seine unmittelbarste Wirksamkeit im Sinne der Nationalsozialisten entfaltet<sup>59</sup>.

Gegen das Abkommen bzw. für die Beendigung des Transfers wurde ins Feld geführt, daß es, wie sich herausstellte, auf eine tatkräftige Mitwirkung des nationalsozialistischen Deutschland beim Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina und damit auf eine direkte Förderung der Ziele des Zionismus hinauslief. Die prinzipielle Ablehnung dieser Ziele hatte Hitler aber schon in „Mein Kampf“ verkündet<sup>60</sup>. Ein jüdischer Staat, so argumentierte man nun, würde zu einer „Zentrale des Weltjudentums“ werden, ähnlich der Zentrale des Vatikan für den politischen Katholizismus<sup>61</sup> und Moskaus für den Kommunismus. Das „Weltjudentum“ bekäme eine völkerrechtlich anerkannte Basis für die Durchsetzung seiner machtpolitischen Ziele und könnte dann mit diplomatischen Mitteln gegen Deutschland arbeiten. Daher wurde für eine „Zersplitterung“ der Auswanderung plädiert, die zudem noch eine Verstärkung antisemitischer Strömungen überall in der Welt mit sich brächte. Auch ökonomisch würde das Haavara-Abkommen nichts einbringen. Exportförderung und Arbeitsbeschaffung hätten allenfalls ganz am Anfang eine Rolle gespielt; der Transfer erfolge überdies ohne ökonomische Gegenleistung in Form von Rohstoffen oder Devisen für das Reich.

Vor allem die „men on the spot“, an erster Stelle der seit 1935 in Jerusalem amtierende deutsche Generalkonsul Döhle, trugen zusätzliche Argumente vor: Das Transfer-Abkommen und die Förderung des Aufbaus der jüdischen „nationalen Heimstätte“ schaden den Interessen der Templer, der deutschen Siedler in Palästina<sup>62</sup>, und

<sup>59</sup> Doch war dies keineswegs der einzige Faktor, der die Machtlosigkeit der Boykott-Bewegung bewirkte; vgl. Ben Elissar, S. 66–83, und Goldmann, S. 263 f.

<sup>60</sup> Vgl. Bein, Bd. 1, S. 316.

<sup>61</sup> S. auch Giselher Wirsing, Engländer, Juden, Araber in Palästina, Jena 1942, Kap. „Palästina – Vatikan des Weltjudentums“.

<sup>62</sup> Die Templer wollten 1937/38 unter allen Umständen vermeiden, daß ihre Siedlungen im Falle einer Teilung des Landes unter die Kontrolle des jüdischen Staates gelangten. Mit offizieller Unterstützung forderten sie ihre Einbeziehung in das vorgesehene britische Rest-Mandatsgebiet; s. Neubert, Kap. 2. Zur Geschichte der Kolonien siehe Alex Carmel, Die Siedlungen der württembergischen Templer in Palästina 1868–1918, Stuttgart 1973; zu ihrer damaligen Situation siehe Karl Imberger, Die deutschen landwirtschaftlichen Kolonien in Palästina, Öhringen 1938; zur

beeinträchtigten die deutsch-arabischen Beziehungen. Aufgrund ihrer Sympathie für das „neue Deutschland“ und den „Führer“ würden die Araber zwar die deutsch-zionistische Kooperation nicht an die große Glocke hängen; doch Anfang 1938 übersandte Döhle einen alarmierenden Artikel aus einer lokalen arabischen Zeitung, in dem die vielzitierte „deutsch-arabische Freundschaft“ in Frage gestellt wurde. Was habe Deutschland eigentlich getan, um den Ruf als Freund der Araber zu verdienen? fragte das Blatt. „Die deutsche antijüdische Politik ... habe Palästina einen starken Zustrom deutsch-jüdischer Emigranten gebracht: Das sei das Gute, das Deutschland den Arabern gebracht habe“, war die Antwort<sup>63</sup>.

Rücksichtnahme auf die Palästina-Araber oder auf arabische Regierungen spielte im deutschen Kalkül aber nur eine untergeordnete Rolle. Im Für und Wider der Diskussion über das Abkommen wurde vor allem wirtschafts- und europapolitisch sowie ideologisch argumentiert. Ein ehrfurchtgebietender Hinweis war wiederholt, der „Führer“ wünsche die Auswanderung, auch und sogar besonders nach Palästina<sup>64</sup>. Da dennoch kein einheitliches Meinungsbild zustande kam, setzte sich Ende 1937 die Einsicht durch, daß ein „Führerentscheid“ herbeigeführt werden müsse. Insbesondere das Auswärtige Amt war daran interessiert. Am Ende bekam man jedoch nichts Schriftliches von Hitler, sondern mußte sich mit der Mitteilung begnügen, Rosenberg, der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, habe Anfang 1938 vom „Führer“ die Weisung erhalten, „daß die jüdische Auswanderung auch nach Palästina nach wie vor mit allen Mitteln gefördert werden sollte“<sup>65</sup>.

Diese Hitler-Äußerung war sicher ein wichtiger Faktor zur Verhinderung einer grundlegenden Revision oder gar Beseitigung des Transfer-Abkommens, das bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs in Kraft blieb. Hinzu kam, daß die Konferenz von Evian zeigte, wie gering die Bereitschaft zur Aufnahme von Juden in westlichen Ländern war und daß die Möglichkeit der Emigration nach Palästina daher bestehenbleiben sollte. Der Plan einer Teilung Palästinas und der von der Reichsregierung strikt abgelehnten Schaffung eines jüdischen Staates wurde von der Mandatsmacht ja verworfen. Yisraeli meint, noch ein anderer Faktor habe das Überleben des Abkommens bis zum Krieg gesichert: Man konnte es der Weltöffentlichkeit als Beweis für den „guten Willen“ gegenüber jüdischen Auswanderern vorzeigen, so wie man später Theresienstadt als „Musterlager“ präsentierte<sup>66</sup>.

„Gleichschaltung“ der deutschen Siedler nach der Machtergreifung siehe H.D. Schmidt, *The Nazi Party in Palestine and the Levant 1932–9*, in: *International Affairs* 28 (1952).

<sup>63</sup> Neubert, S. 147; vgl. auch Hirsowicz, S. 42, und heutige arabische Autoren, die darauf hinweisen, daß das nationalsozialistische Deutschland mitverantwortlich für den Erfolg des Zionismus und für die palästinensische Katastrophe war: Salmán, S. 103, und 'Abdasa'id, S. 21.

<sup>64</sup> S. Melka, S. 223; Yisraeli, *Transfer Agreement*, S. 135 f.; Yisraeli, *The Third Reich*, S. 348 f.; Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, S. 32; Meijer, S. 194.

<sup>65</sup> Neubert, S. 155; vgl. auch Ben Elissar, S. 215f.; Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, S. 32; Francis Nicosia, *Arab Nationalism and National Socialist Germany, 1933–1939: Ideological and Strategic Incompatibility*, in: *International Journal of Middle East Studies* 12/3 (1980), S. 358 f.

<sup>66</sup> Yisraeli, *Transfer Agreement*, S. 148.



Bis 1936 wurden arabische Annäherungsversuche an das nationalsozialistische Deutschland ziemlich kühl zurückgewiesen<sup>67</sup>. Erst die Krise in Palästina, der arabische Aufstand von 1936–1939, konfrontierte das Dritte Reich direkter mit der palästinensischen Nationalbewegung<sup>68</sup> und den Unabhängigkeitsbestrebungen der Araber, die an Ort und Stelle wie auch in Berlin den Kontakt mit Vertretern der Reichsregierung suchten und um Hilfe für ihren Kampf gegen den Aufbau einer jüdischen „nationalen Heimstätte“ in Palästina und gegen die britische Politik ersuchten. Der Mufti<sup>69</sup> von Jerusalem, Amīn al-Husainī, der inzwischen zum herausragenden Repräsentanten der arabisch-palästinensischen Bewegung geworden war, suchte im Juli 1937 den deutschen Generalkonsul auf. Er brachte seine Sympathien für das „neue Deutschland“ zum Ausdruck und bat um Unterstützung des Kampfes gegen die Juden. Das Auswärtige Amt lehnte jedoch den Empfang eines vom Mufti nach Berlin entsandten Vertrauensmannes (Mūsā ‘Alami) ab<sup>70</sup>.

Auch die Mission (November 1937) eines weiteren Abgesandten des Mufti, der im Oktober 1937 vor den Engländern in den Libanon hatte fliehen müssen, blieb ohne jeden Erfolg. Als Gegenleistung für eine materielle und propagandistische Unterstützung der arabischen Freiheitsbewegung bot der Emissär (Sa‘īd Imām) namens des Mufti an, den deutschen Interessen zu dienen mit „1. der Förderung der Handelsbeziehungen, 2. prodeutscher Propaganda und ‚Verbreitung einer sympathiereichen Atmosphäre‘ für das Reich, vor allem im Hinblick auf einen möglichen Krieg, 3. der Verbreitung des Nationalsozialismus in der arabischen Welt, 4. der Förderung der antikomunistischen Bewegung, 5. der Unterstützung eines von Deutschland geführten antijüdischen Wirtschaftsboykotts, 6. der Ausführung von Terrorakten in den von Frankreich beherrschten Mandatsgebieten und Kolonien, 7. der Fortsetzung des Kampfes gegen die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, 8. der Verbreitung deutscher Kultur in der arabischen Welt, 9. der ausschließlichen Übernahme deutschen Kapitals und von deutschen ‚geistigen Kräften‘ bei einem Erfolg der arabischen Freiheitsbewegung“<sup>71</sup>. Ihm zeigte man jedoch gleichfalls die kalte Schulter.

Seit 1936 wurde auch der deutsche Gesandte in Bagdad, Grobba, verstärkt zum Adressaten für palästinensische Unterstützungswünsche. Im Juni erklärte ihm der Offizier und spätere Guerillaführer in Palästina, Fauzi al-Qāwuqdschī<sup>72</sup>, die palästinens-

<sup>67</sup> Siehe Nicosia, S. 352–356.

<sup>68</sup> An neueren Untersuchungen dazu sind vor allem zu nennen: Y. Porath, *The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement 1918–1929*, London 1974; ders., *The Palestinian-Arab National Movement 1929–1939. From Riots to Rebellion*, London 1977; Ann Mosely Lesch, *Arab Politics in Palestine, 1917–1939*, Ithaca and London 1979; Alexander Flores, *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919–1948*, Münster 1980.

<sup>69</sup> Mufti (arab.) = Erteiler von Rechtsgutachten, offizieller Ausleger des islamischen Rechts, hoher religiöser Funktionsträger.

<sup>70</sup> Ben Elissar, S. 200–202; Neubert, S. 86–89.

<sup>71</sup> Neubert, S. 108; s. auch Hirsowicz, S. 35 f.

<sup>72</sup> Während des Ersten Weltkrieges hatte er als osmanischer Offizier unter deutschem Befehl auch das Eiserne Kreuz erhalten. Seit August 1936 operierte al-Qāwuqdschī in Palästina. Am 7. Okto-

sischen Aufständischen hofften „auf deutsche Hilfe und seien der Ansicht, daß Deutschland, das ihnen seine Juden schicke, ihnen auch Waffen zu deren Bekämpfung senden müsse“<sup>73</sup>. Die palästinensische Führung befand sich in einem Dilemma, das zu solchen grotesken Unterredungen führte. Auf der einen Seite war ihr klar, daß die verstärkte Einwanderung nach Palästina seit 1933 und der Aufschwung der jüdischen „nationalen Heimstätte“ vor allem eine Folge deutscher Politik waren; auf der anderen Seite war Deutschland, wie man immer wieder betonte, die einzige antienglische und anti-jüdische Großmacht, zu der man volles Vertrauen hatte. Die Tatsache, daß man keine andere Wahl als das nationalsozialistische und antisemitische Deutschland zu haben glaubte, wenn man Bundesgenossen im Kampf gegen die Kolonialmacht England und gegen die Absichten der zionistischen Bewegung in Palästina suchte (Italien war den Arabern wegen seiner eigenen imperialen Ambitionen im östlichen Mittelmeerraum suspekt), diese Tatsache hat die Palästina-Araber vollends dazu gebracht, die schon immer prekäre Unterscheidung zwischen Juden und zionistischer Bewegung endgültig aufzugeben und sich im Kontakt mit den Nationalsozialisten auf deren Vorstellungen einzulassen.

So verlief eine Unterredung zwischen Fauzi al-Qāwuqdschī und Grobba im Dezember 1936, in welcher der Guerillaführer erneut um deutsche Waffenlieferungen bat, in dieser Form: Grobba wies darauf hin, „daß wir mit England in guten Beziehungen zu leben wünschten und daher trotz aller Sympathien für die Araber einen gegen England gerichteten Aufstand nicht unterstützen könnten. Er [Qāwuqdschī] erwiderte, daß der Aufstand ja letzten Endes nicht gegen die Engländer gerichtet sei, mit denen die Araber immer befreundet gewesen seien, sondern gegen die Juden in Palästina, unter denen sich viele Kommunisten befänden.“<sup>74</sup>

Es hätte eine Alternative für die palästinensischen Führer gegeben: Sie hätten schärfstens gegen die deutsche „Abschiebepolitik“ nach Palästina protestieren und ihre Ursache, den Antisemitismus in Deutschland, geißeln können. Man darf bezweifeln, daß dies irgendetwas bewirkt hätte. Doch würde sich eine solche Politik dem heutigen Betrachter natürlich eindrucksvoller darbieten als das Schweigen zur Haavara-Politik und der Rückzug auf die Formel „Der Feind Deines Feindes ist Dein Freund“, d. h. der Rückzug auf den „gemeinsamen Kampf gegen Engländer und Juden“. Das Problem war, daß man sich in einer ähnlichen Situation wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg wähnte, aus der Hitler den Deutschen offenbar einen Ausweg wies. Daß die „Judenfrage“ in Deutschland in Wirklichkeit ein Phantom-Problem der Antisemiten war, machte man sich nicht klar.

---

ber 1936 brachten die Dresdener Neuesten Nachrichten einen längeren Artikel über ihn unter dem Titel „Wer ist Fauzi ed-Din Kaukjii? Geschichte eines phantastischen und abenteuerlichen Lebens“ (Ausschnitt in AA – Politische Abteilung VII, Politik 5, Palästina, Bd. 1 – hinfort: Po 5, Palästina, Bd. 1). Vgl. auch die beiden von Chairfya Qasimiya herausgegebenen Memoirenbände: *Mudhakkirāt Fauzi al-Qāwuqdschī 1914–1932*, sowie *Filastin fi mudhakkirāt al-Qāwuqdschī 1936–1948*, Beirut 1975.

<sup>73</sup> AA – Po 5, Palästina, Bd. 1 (Bagdad, 30.6. 1936).

<sup>74</sup> AA – Po 5, Palästina, Bd. 1 (Bagdad, 17.12. 1936).

Schon seit Beginn des Jahrhunderts hatte europäisches antisemitisches Gedanken- gut vor allem auf christliche arabische Nationalisten einen gewissen Einfluß ausgeübt. Und je lautstarker die Zionisten im Verlaufe der Mandatszeit von sich behaupteten, *den Jischuw*, ja *das jüdische Volk* zu vertreten, um so leichter fiel es den Arabern, Juden und Zionisten gleichzusetzen<sup>75</sup>, und um so eher ließen sie sich nun vom Antisemitismus der Nazis irreführen. Die politisch aktiven Palästina-Araber, hieß es in einem deutschen Lagebericht aus Palästina vom 1. 3. 1936, seien „aufs tiefste beeindruckt durch faschistische, vor allem nationalsozialistische Lehren und Anschauungen. Der Nationalsozialismus mit seinen jüdenfeindlichen Ansichten hat bei den Arabern Palästinas, die sich in einem verzweifelten und fast aussichtslosen Abwehrkampf gegen den Zionismus befinden, verwandte Saiten aufklingen lassen.“ Faschismus und Nationalsozialismus seien vielfach zu politischen Maßstäben und Hitler sei geradezu eine volkstümliche Gestalt geworden. Neben den Pfadfinderverbänden habe sich vor allem die Unabhängigkeitspartei (Istiqlâl) „in weitestem Maße die nationalsozialistischen Thesen zu eigen gemacht. Das Istiklalorgan ‚Die Verteidigung‘<sup>76</sup> ist ausgesprochen nationalsozialistisch eingestellt und führt einen scharfen Kampf gegen den jüdischen Boykott gegen Deutschland.“<sup>77</sup>

Dem Vorsitzenden der Unabhängigkeitspartei, ‘Aunî ‘Abdalhâdi, wurden immer wieder antisemitische, d. h. antijüdische, Äußerungen vorgeworfen<sup>78</sup>. Der Völkische Beobachter druckte am 23. 1. 1937 ein Interview mit ihm ab<sup>79</sup>. Ob ihm während seiner kürzlichen Internierung durch die Engländer die Zeit nicht lange geworden sei, fragte der Interviewer. Er habe gelesen, antwortete ‘Abdalhâdi. „Und da hält mir der von Juden und Briten gefürchtete Mann auch schon ein abgegriffenes Buch unter die Nase. – Viele Randbemerkungen! – Viel gelesen! – ‚My Struggle‘ – die englische Übersetzung von Adolf Hitlers Werk: ‚Mein Kampf‘.“<sup>80</sup> Dann lenkte der Journalist das Gespräch auf den Bolschewismus. „Auch den verdanken wir den Juden“, soll sein Gesprächspartner geantwortet haben. „Doch kann er unter den Arabern nicht recht Fuß fassen. Er würde ja eine Zusammenarbeit mit den Juden bedingen, die die Träger dieser Seuche sind.“

<sup>75</sup> Vgl. Stefan Wild, Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: Mejer/Schölich (Hrsg.), S. 75 f. und 80 f.; Alexander Flores, Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1939, in: ebenda, S. 101 f. und 107 f.; Mario Offenberg, Kommunismus in Palästina, Meisenheim 1975, S. 221–223.

<sup>76</sup> Dieses Blatt soll finanzielle Zuwendungen aus Deutschland erhalten haben und sein Herausgeber soll Gestapo-Informant gewesen sein: Yisraeli, *The Third Reich*, S. 346.

<sup>77</sup> Aus Palästina, Jaffa, 1. März 1936, in: AA – Politische Abteilung III, Politik 5, Palästina, Bd. 5; über die Istiqlâl-Partei ähnlich: Michael Assaf, *Die arabische nationale Bewegung in Palästina*, Prag 1936, S. 42–44 und 49.

<sup>78</sup> Vgl. z. B. Laqueur, *A History of Zionism*, S. 515.

<sup>79</sup> Zeitungsausschnitt in AA – Po 5, Palästina, Bd. 1.

<sup>80</sup> Die erste arabische Übersetzung von „Mein Kampf“ nach dem deutschen Original erschien 1960 in Beirut. Während des Weltkriegs hatte es lediglich Teilübertragungen nach englischen oder französischen Übersetzungen gegeben: Stefan Wild, „Mein Kampf“ in arabischer Übersetzung, in: *Die Welt des Islams* 9 (1964), S. 207.

Davon abgesehen, daß dies nationalsozialistische Perzeptionen arabischer Einstellungen waren, läßt sich daraus aber keineswegs folgern, daß es in der Mandatszeit einen dem europäischen Antisemitismus vergleichbaren „Antijudaismus“ unter den Palästina-Arabern gegeben hat. Es wird jedoch deutlich, daß die nationalsozialistische Propaganda bei den Palästina-Arabern auf fruchtbaren Boden fiel, den die Zionisten mit ihrem Machtanspruch in Palästina vorbereitet hatten. Die Verführbarkeit von Repräsentanten der palästinensischen Nationalbewegung war auch eine Folge des Vertrauensvorschlusses, den Deutschland in den Augen der Araber genoß und der vom Dritten Reich gröblich mißbraucht wurde.

Grobba analysierte im Dezember 1937 die Gründe für die Freundschaftsbezeugungen der Araber gegenüber Deutschland. Die Ursprünge lägen in der osmanischen Zeit; man müsse zurückgehen bis zu den araberfreundlichen Äußerungen Wilhelms II. bei seiner Orientreise im Jahre 1898 und zum deutsch-türkischen Bündnis während des Krieges. Hinzu komme „die Erkenntnis der Araber, daß Deutschland die einzige Großmacht in Europa sei, die stark genug wäre, den Arabern zur Erreichung ihrer nationalen Ziele beizustehen, ohne zugleich eigene Absichten auf arabisches Territorium zu haben ... Als Vorbild ... erscheine den Arabern heute insbesondere die dem deutschen Volke von seinem Führer wiedergegebene nationale Einheit und staatliche Freiheit. Hitler genieße allgemeine Verehrung in der arabischen Welt. Das arabische Vertrauen auf Deutschland finde seinen Ausdruck vor allem in den wiederholt vorgetragenen Bitten um deutsche Hilfeleistung ..., zudem die Araber in ihrem Kampf gegen die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina in Deutschland ihren einzigen wirklichen Verbündeten sehen würden.“<sup>81</sup>

Diese Deutschlandverehrung hatte zunächst nichts mit arabischem Faschismus oder Antisemitismus zu tun. Im Bericht über die Orientreise Eichmanns und Hagens (s. o.) hieß es daher abschätzig, aber wohl zutreffend, daß die Araber zwar Achtung vor Hitler und den deutschen Leistungen hätten, aber den Nationalsozialismus als Weltanschauung der Deutschen überhaupt nicht richtig verstünden<sup>82</sup>. Und Nicosia faßt zusammen: „The consensus among German diplomats in the Middle East was that Arab enthusiasm for National Socialist Germany was devoid of a real understanding of the significance of Adolf Hitler and the goals of the National Socialist movement.“<sup>83</sup>

Trotz vielfältiger Bemühungen war dem 1936 verstärkt einsetzenden arabischen Werben um Deutschland bis zum Zweiten Weltkrieg aber kein signifikanter Erfolg beschieden. Den Sprechern der palästinensischen Nationalbewegung wurde deutlich gemacht, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage war, sie über propagandistische Sympathiebekundungen hinaus auch materiell, vor allem durch Waffenlieferungen,

<sup>81</sup> Neubert, S. 110f. Zur parallelen Einschätzung Hitler-Deutschlands in den Ländern der nicht-arabischen nördlichen Randzone des Vorderen Orients siehe Antoine Fleury, *La pénétration allemande au Moyen-Orient 1919-1939: Le cas de la Turquie, de l'Iran et de l'Afghanistan*, Leiden et Genève 1977.

<sup>82</sup> S. Neubert, S. 112f.

<sup>83</sup> Nicosia, S. 353.

zu unterstützen. Der Hauptgrund war die Rücksichtnahme auf die britische Mandatsmacht. Die Beziehungen zu England sollten nicht durch nahöstliche Abenteuer belastet werden. Außerdem wurde gegenüber arabischen Gesprächspartnern immer wieder darauf hingewiesen, daß die arabischen Regierungen erst selbst zu einer klaren gemeinsamen Position im Palästina-Konflikt finden müßten. Zwar kam schließlich als Ergebnis des Besuchs des stellvertretenden saudischen Außenministers in Berlin (August 1938) mit Zustimmung des OKW und des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung über Waffenlieferungen an Saudi-Arabien zustande, in deren Rahmen auch den Aufständischen in Palästina Waffen zukommen sollten; doch wurde das vereinbarte Geschäft am Ende nicht realisiert<sup>84</sup>. So blieb es vorerst beim Austausch von Sympathieerklärungen.

Nach der Zerschlagung der palästinensischen Nationalbewegung als Folge des Aufstandes von 1936–1939, der Verhaftung oder Flucht ihrer Führer und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs waren direkte Kontakte in Palästina nicht mehr möglich. Sie verlagerten sich nach Bagdad und konzentrierten sich auf einen Mann, Amin al-Husaini, der im Oktober 1939, aus dem libanesischen Exil kommend, dort eintraf<sup>85</sup>. Der Mufti versuchte nun, ein Bündnis der Araber im allgemeinen und des Iraq im besonderen mit den Achsenmächten zustande zu bringen. Auf seinen Vorschlag hin wurde sein Privatsekretär vom damaligen iraqischen Ministerpräsidenten Raschid 'Alī al-Kailānī im Juli 1940 zur Sondierung nach Berlin und Rom entsandt. Er sollte eine deutsch-italienische Erklärung erwirken, in der die Unabhängigkeit der arabischen Staaten und ihr Streben nach Einheit anerkannt würden. Das Palästina-Problem sollte in der gewünschten Erklärung wie folgt angesprochen werden: „Deutschland und Italien anerkennen das Recht der arabischen Länder, die Frage der jüdischen Elemente, die sich in Palästina und in den anderen arabischen Ländern befinden, so zu lösen, wie es den nationalen und völkischen Interessen der Araber entspricht, und wie die Judenfrage in den Ländern Deutschland und Italien gelöst worden ist.“<sup>86</sup>

In diese Formulierung darf nun nachträglich nicht zu viel hineingelesen werden.

<sup>84</sup> Melka, S. 224 f.; Neubert, S. 120 f.; Nicosia, S. 364.

<sup>85</sup> Über die Aktivitäten des Mufti während des Zweiten Weltkriegs vgl. Joseph B. Schechtman, *The Mufti and the Fuehrer. The Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini*, New York 1965, S. 95–166; Heinz Tillmann, *Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin (Ost) 1965, S. 126–446; Hirsowicz, passim; Fritz Grobba, *Männer und Mächte im Orient*, Göttingen 1967, S. 191–324; Howard M. Sachar, *Europe Leaves the Middle East, 1936–1954*, New York 1972, S. 162–194 und 251–254; Bernd Philipp Schröder, *Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1975, bes. S. 44–51 und 215–231; J. C. Hurewitz, *The Struggle for Palestine*, New York 1976, Kap. 11; Anthony R. De Luca, „Der Großmufti“ in Berlin: The Politics of Collaboration, in: *International Journal of Middle East Studies* 10 (1979), S. 125–138; Mahāfaza, S. 238–268. Zur damaligen deutschen „Mufti-Literatur“ vgl. Walther Björkman, *Der Mufti von Jerusalem*, in: *Zeitschrift für Politik* 27 (1938), S. 306–311; Wirsing, bes. S. 134–146; Kurt Fischer-Weth, *Amin al-Husseini – Großmufti von Palästina*, Berlin 1943; vgl. auch eine englische Propagandaschrift gegen den Mufti: M. P. Waters, *Mufti over the Middle East*, London o. J. [1942].

<sup>86</sup> Zit. in Grobba, S. 197; s. auch Hirsowicz, S. 83 f.; verkürzte Wiedergabe in Mahāfaza, S. 242 f.

Welche konkreten Vorstellungen dahinterstanden, muß offen bleiben, zumal ja Deutschland und Italien durchaus unterschiedliche Ansichten über die „Lösung der Judenfrage“ hatten. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Frage der zionistischen Aspirationen auf Palästina nur noch als Sonderproblem einer „Judenfrage“ in arabischen Ländern erschien. Das Auswärtige Amt ging aber nicht auf diese Wünsche ein, sondern erklärte in einem Aide mémoire vom 18.10. 1940 in vager Form lediglich die deutsche Sympathie mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Araber<sup>87</sup>.

Daraufhin schrieb der Mufti am 20.1. 1941 einen Brief an Hitler<sup>88</sup>, in dem er das Angebot „der arabischen Völker“ unterbreitete, „sich begeistert zusammen mit der Achse zur Leistung ihres Anteils an der wohlverdienten Besiegung der englisch-jüdischen Koalition zu erheben“. Die britische Palästina-Politik sei darauf angelegt, „für die Einheit und Unabhängigkeit der arabischen Länder ein Hindernis zu schaffen, indem man sie in eine direkte Auseinandersetzung mit den Juden der ganzen Welt trieb, jenen gefährlichen Feinden, deren geheime Waffen die Finanz, die Korruption und die Intrige sind, die sich übrigens den britischen Bajonetten zur Seite stellen“. Das waren vertraute Töne in Hitlers Ohren.

Diesen Brief brachte der Privatsekretär des Mufti im Februar 1941 nach Berlin. Der Emissär erneuerte die Bitte um eine deutsch-italienische Erklärung, in der die Unabhängigkeit der arabischen Länder und ihr Recht auf Einheit anerkannt werden sollten. Der Passus über Palästina aus dem Entwurf einer solchen Erklärung vom Sommer 1940 wurde übernommen und insofern ergänzt, als Deutschland und Italien die jüdische „nationale Heimstätte“ in Palästina ausdrücklich für illegal erklären sollten. Was die Lösung der „Frage der jüdischen Bevölkerungsteile in Palästina und den anderen arabischen Ländern“ anbelangt, so wurde hinzugefügt: „Daraus folgt auch, daß keine jüdische Einwanderung nach arabischen Ländern mehr gestattet sein wird.“<sup>89</sup> Dies war eine inhaltliche Ergänzung, aber keine wirkliche Präzisierung des ersten Entwurfs.

Der Brief des Mufti an Hitler wurde am 11.3. 1941 von Staatssekretär von Weizsäcker beantwortet. Zwar mußte er dabei auf die italienischen Ambitionen und wegen Syrien auch auf die Vichy-Regierung Rücksicht nehmen (weshalb er bat, sein Antwortschreiben geheimzuhalten), doch wurde die volle Unabhängigkeit der arabischen Staaten bzw. ihr Anspruch darauf anerkannt und militärische und finanzielle Unterstützung im Rahmen des Möglichen für den Kampf gegen England zugesagt. Deutschland sei auch bereit, den Arabern für diesen Zweck sofort Kriegsmaterial zu liefern, sofern ein Weg zu dessen Beförderung gefunden werden könne<sup>90</sup>. In Wirklichkeit hatte das Dritte Reich aber kein genuines Interesse an arabischer Unabhängigkeit und Einheit<sup>91</sup>. Zwar wurde das kurzlebige achsenfreundliche Regime Raschid

<sup>87</sup> Vgl. Tillmann, S. 167–175; Hirszwicz, S. 91; Grobba, S. 199.

<sup>88</sup> Text in AA – Handakten Eitel 5, Großmufti 1942–1943.

<sup>89</sup> Zit. in Tillmann, S. 195 f., Anm. 323; vgl. auch Hirszwicz, S. 109 f., und Grobba, S. 207 f.

<sup>90</sup> Text in AA – Handakten Eitel 5; siehe auch Schechtman, S. 106 f.; Hirszwicz, S. 128 f.; Grobba, S. 213; Maháfaza, S. 246 f.

<sup>91</sup> Vgl. auch Nicosia, passim.

'Âlis im Iraq (April/Mai 1941) im Kampf gegen die Engländer militärisch unterstützt, doch diese Hilfe wurde nur halbherzig gewährt und hatte eher symbolischen Charakter. Das Regime stürzte, Raschîd 'Âlî und der Mufti setzten sich nach Teheran ab und gelangten auf getrennten Wegen im November 1941 nach Berlin, wo sie nun zu den tragenden Säulen der deutschen Orient-Propaganda wurden.

Amîn al-Husainî bemühte sich fortan, von den Achsenmächten als „oberster Führer“ aller Araber, ja aller Muslime<sup>92</sup> anerkannt zu werden<sup>93</sup>. Wegen dieses Anspruchs entzweite er sich mit Raschîd 'Âlî, doch brauchen ihre Querelen hier nicht zu interessieren. Relevanter ist die Tatsache, daß der politische Flüchtling aus Jerusalem nicht nur die Grenzen seiner persönlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten aus den Augen verlor, sondern daß er auch im Morast nationalsozialistischer Irrlehren versank.

Schon am 28. 11. 1941 wurde der Mufti von Hitler empfangen<sup>94</sup>. Die Araber, sagte Amîn al-Husainî, seien die natürlichen Freunde der Deutschen, da sie die gleichen Feinde hätten: Engländer, Juden, Bolschewisten. Er schlug die Aufstellung einer arabischen Legion vor, die im Kampf für die gemeinsamen Ziele eingesetzt werden sollte, und er bat ein weiteres Mal um eine öffentliche Erklärung der Anerkennung der arabischen Ziele: Unabhängigkeit und Beseitigung der jüdischen „nationalen Heimstätte“. Hitler antwortete, daß der kompromißlose Krieg gegen die Juden, den Deutschland führe, auch die Ablehnung der „nationalen Heimstätte“ in Palästina impliziere. Deutschland werde die europäischen Nationen, und zu gegebener Zeit auch Regierungen außereuropäischer Länder, auffordern, ihre „Judenprobleme“ zu lösen. Deutschland führe einen Kampf auf Leben und Tod gegen zwei Bastionen jüdischer Macht: England und Rußland. Mit Rücksicht auf Frankreichs Interessen in Syrien könne die Frage der arabischen Unabhängigkeit jetzt aber noch nicht öffentlich aufgegriffen werden. Wenn jedoch der Durchbruch durch den Kaukasus gelungen sei und die Stunde der Befreiung für die Araber geschlagen habe, dann würde Deutschlands Ziel im arabischen Bereich einzig die Vernichtung des jüdischen Elements sein. In jener Stunde wäre der Mufti dann der autoritativste Sprecher der arabischen Welt.

Die gewünschte öffentliche Anerkennung der vollen Unabhängigkeit und der Einheitsbestrebungen der Araber blieb also aus; doch erhielten der Mufti und Raschîd 'Âlî am 3. 3. 1942 gleichlautende und geheimzuhaltende Briefe vom italienischen und am 28. 4. 1942 entsprechende Schreiben vom deutschen Außenminister. Ribbentrop erklärte die Bereitschaft Deutschlands, „den gegenwärtig unter britischer Unterdrückung leidenden arabischen Ländern des Nahen Orients in ihrem Kampf für ihre Befreiung jede denkbare Unterstützung zu gewähren, ihre Souveränität und Unabhän-

<sup>92</sup> Obwohl er, wie sein damaliger Betreuer Grobba im Sommer 1942 gegenüber Weizsäcker behauptete, in Deutschland noch kein einziges Mal eine Moschee besucht habe: Grobba, S. 275.

<sup>93</sup> Von Fischer-Weth z. B. (S. 94 f.) wurde er, seinem Anspruch entsprechend, als Sprecher der Araber, ja der gesamten islamischen Welt vorgestellt.

<sup>94</sup> Niederschrift der Unterredung in Laqueur (Hrsg.), *The Israel-Arab Reader*, S. 106–111; vgl. auch Tillmann, S. 324–328 und 355 f., und in diesem Zusammenhang seine Diskussion der Zusammenarbeit der „rechtsextremen und profaschistischen arabischen Nationalisten mit Hitlerdeutschland“, darunter des Mufti, deren Kampf „zunehmend reaktionär“ geworden sei.

gigkeit anzuerkennen und ihrer Vereinigung, wenn sie von den Beteiligten gewünscht wird, sowie der Beseitigung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina zuzustimmen“<sup>95</sup>. In einer *geheimen* Erklärung wurde also das Ziel der *Befreiung von englischer Herrschaft* und der Eliminierung der jüdischen „nationalen Heimstätte“ unterstützt, deren Aufbau durch die Haavara-Politik bis zum Kriegsbeginn gefördert worden war. Wie sie beseitigt werden sollte, sagte der Mufti u. a. in seiner weiter unten zitierten Rede am 2. 11. 1943.

Während der folgenden drei Jahre, bis zum Ende des Krieges, entfaltete Amin al-Husaini in Berlin und zeitweise auch in Rom eine rastlose Aktivität, um auf der Basis dieser Zusagen die Araber des Vorderen Orients und Nordafrikas sowie die Muslime des Balkans und Zentralasiens für die Achsenmächte zu gewinnen. In seinem politischen Denken verstrickte er sich dabei immer stärker in die nationalsozialistische Ideologie und in antisemitische Propaganda. Viele seiner Reden waren Variationen des einen Themas: Im kompromißlosen Kampf gegen das „Weltjudentum“ fühlten sich die Araber mit Deutschland aufs engste verbunden, wie er im April 1942 in einer Unterredung mit dem Gesandten Ettel vom Auswärtigen Amt betonte<sup>96</sup>. „Erst, wenn England und das Judentum endgültig zerstört sind, können die Mohammedaner aufhören, sich mit dem Problem Palästina zu befassen“, erklärte er anlässlich des Jahrestages der Balfour-Erklärung im Jahre 1942<sup>97</sup>.

Die Ansprüche und Aktivitäten des Mufti griffen dabei immer weiter über den Bereich des Fruchtbaren Halbmonds hinaus. Er bezog Nordafrika in seine Aspirationen und Indien in seine Propaganda mit ein und betätigte sich, nachdem er enge Beziehungen zu Himmler geknüpft hatte, im Rahmen der Gründung einer SS-eigenen Mullah-Schule in Dresden, die Geistliche für das anvisierte Großturkestan ausbilden sollte<sup>98</sup>. Er war besonders aktiv bei der Aufstellung einer „Arabischen Legion“<sup>99</sup> und rekrutierte auf dem Balkan und in der Sowjetunion Muslime für die Wehrmacht und für die Waffen-SS. Er setzte sich auch energisch dafür ein, die Flucht von Juden aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien nach Palästina zu verhindern<sup>100</sup>.

Anlässlich der Eröffnung des Islamischen Zentral-Instituts in Berlin am 18. 12. 1942 wurde er als Führer der 400 Millionen Muslime vorgestellt. Seine Eröffnungsrede war eine wilde Attacke gegen die „erbittertsten Feinde“ der Muslime, die „Juden und ihre Helfershelfer“, nämlich Engländer, Amerikaner und Bolschewisten. Der Krieg sei vom „Weltjudentum entfesselt“ worden, das auch hinter dem „gottlosen Kommunismus“ stehe. Die Juden würden „stets ein zersetzendes Element auf Erden bleiben, denen daran gelegen ist, Ränke zu schmieden, Kriege anzuzetteln und die Völker ge-

<sup>95</sup> Texte der vier Briefe in AA – Handakten Ettel 5; siehe auch Schechtman, Appendix One; Tillmann, S. 351 f., Anm. 338; Hirsowicz, S. 225–228; De Luca, S. 131; Maháfaza, S. 254 f.

<sup>96</sup> AA – Handakten Ettel 3, Großmufti 1941–1943 (Aufzeichnung Ettels vom 26. 6. 1942).

<sup>97</sup> Völkischer Beobachter vom 6. 11. 1942, in AA – Handakten Ettel 6, Großmufti 1942–1944.

<sup>98</sup> Vgl. Grobba, S. 276, und Schröder, S. 216 f.

<sup>99</sup> Vgl. dazu bes. Tillmann, S. 353–446; Hirsowicz, S. 250–259; Schröder, S. 218–231.

<sup>100</sup> Über diese und weitere Aktivitäten vgl. Schechtman, Kap. 4; Melka, S. 229 f.; Hirsowicz, S. 312 f.; De Luca, S. 136; Maháfaza, S. 258 f.



geneinander auszuspielen“<sup>101</sup>. Seine eigenen Denkfehler fielen dem Mufti längst nicht mehr auf. In einer Rede zum Geburtstag des Propheten fulminierte er vor dem Hintergrund des alliierten Vormarsches in Nordafrika erneut gegen die „dunklen Pläne“ der Juden und der Demokratien, gegen die „jüdische Pest“. Die Juden wollten „mit Einverständnis ihrer Verbündeten die Millionen Juden, die aus Europa vertrieben werden“, im Maghreb ansiedeln<sup>102</sup>. Auf der einen Seite sah er also sehr wohl, daß „Millionen“ europäischer Juden *vertrieben* wurden, auf der anderen Seite stellte er Versuche, sie anderwärts anzusiedeln, als Teil einer „jüdischen Weltverschwörung“ dar.

Während sich nach dem Tunesien-Debakel (Mai 1943) andere Araber von Deutschland abzuwenden begannen, setzte der Mufti seine Aktivitäten im Dienste der Nationalsozialisten unbeirrt fort. Er war zum Gefangenen seiner „Verbündeten“ und seiner eigenen Propaganda geworden. In einem Vortrag vor den Imams der bosnischen SS-Division<sup>103</sup> versuchte er sogar den Nachweis, daß der Nationalsozialismus in vieler Hinsicht dem Islam parallel laufe. Führerprinzip, Gehorsam und Disziplin, Bereitschaft zum Kampf, der Vorrang von Gemeinnutz und die Unterordnung unter die Gemeinschaft, die Bedeutung der Familie, der Wert der Arbeit: all dies seien auch islamische Prinzipien und Tugenden. Vor allem aber trafen sich der Nationalsozialismus und der Islam „in der Bekämpfung des Judentums“. Der Koran habe „alle Moslime aufgefordert, sich vor den Juden in acht zu nehmen, und sie wo man sie treffen mag zu bekämpfen. Die Juden haben in Kheibar versucht, den von Gott gesandten Mohamed zu vergiften, und verschiedene Attentate gegen ihn unternommen oder unternehmen lassen, die alle ihnen mißlungen sind. Alle Versuche Mohameds, sie zur Vernunft zu bringen, waren erfolglos, so daß er sich endlich gezwungen sah, die Juden zu beseitigen und sie aus Arabien hinauszujagen.“

Den Höhepunkt der antijüdischen Propaganda des Mufti bildete seine Stürmerrede am 2. 11. 1943, wiederum anlässlich eines Jahrestages der Balfour-Erklärung<sup>104</sup>. „Der übermäßige Egoismus, der im Charakter der Juden liegt, ihr nichtswürdiger Glaube, daß sie das auserwählte Volk Gottes seien“, habe die Juden unfähig gemacht, „jemandem die Treue zu halten, und [sie] können sich nicht mit irgendeiner anderen Nation vermischen, sondern leben wie Schmarotzer unter den Völkern, saugen ihr Blut aus, unterschlagen ihre Güter, verderben ihre Sitten, verlangen aber trotzdem die Rechte der einheimischen Bewohner.“ Die Juden seien der Feind der Araber und des Islams seit dessen Bestehen, gegen sie dürfe keine Toleranz geübt werden. „Den Ara-

<sup>101</sup> Die Rede Seiner Eminenz des Großmufti anlässlich der Eröffnung des Islamischen Zentral-Instituts zu Berlin e. V., 18. 12. 1942, in AA – Handakten Ettl 6.

<sup>102</sup> Islamisches Zentral-Institut zu Berlin e. V., Die Rede Seiner Eminenz des Großmufti von Palästina anlässlich des Geburtstages des Gottesgesandten Muhamed am 19. 3. 1943, in AA – Handakten Ettl 6.

<sup>103</sup> Text in AA – Handakten Ettl 6; vgl. auch Schechtman, S. 139 f., und De Luca, S. 137 f.

<sup>104</sup> Islamisches Zentral-Institut zu Berlin e. V., Rede S. Em. des Großmufti anlässlich der Protestkundgebung gegen die Balfour-Erklärung am 2. November 1943, in AA – Handakten Ettl 6; vgl. auch Grobba, S. 315 f., und Schechtman, S. 147–152.

bern im besonderen und den Mohammedanern im allgemeinen obliegt es, sich ein Ziel vorzunehmen, von dem sie nicht abweichen und das sie mit allen ihren Kräften erlangen müssen. Es ist die Vertreibung aller Juden aus allen arabischen und mohammedanischen Ländern. Dies ist das einzige Heilmittel, und es ist das, was der Prophet vor 13 Jahrhunderten getan hat.“ Das nationalsozialistische Deutschland habe ein Beispiel gegeben. Es habe „die Juden genau erkannt und sich entschlossen, für die jüdische Gefahr eine endgültige Lösung zu finden, die ihr Unheil in der Welt beilegen wird“. Wohin sollten aber die in den arabischen Ländern einschließlich Palästinas lebenden Juden vertrieben werden? Nach Europa, wo das nationalsozialistische Regime unter dem Beifall des Mufti sich entschlossen hatte, „eine endgültige Lösung“ für sie zu finden?

Elf Monate nach dieser Rede, vom 25. 9. bis zum 7. 10. 1944, fand in Alexandria die Vorbereitungskonferenz zur Gründung der Arabischen Liga statt, an der Mūsā ‘Alamī als Vertreter Palästinas teilnahm und die das sog. Alexandria-Protokoll verabschiedete, das eine Palästina-Resolution einschloß. Darin hieß es: „The Committee also declares that it is second to none in regretting the woes which have been inflicted upon the Jews of Europe by European dictatorial states. But the question of these Jews should not be confused with Zionism, for there can be no greater injustice and aggression than solving the problem of the Jews of Europe by another injustice, that is, by inflicting injustice on the Palestine Arabs of various religions and denominations.“<sup>105</sup>

Diese Erklärung zeigt deutlich, daß der in Berlin agierende Mufti keineswegs für die Palästinenser, geschweige denn für die Araber sprach. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß er, nachdem er sich im Mai 1945 aus Deutschland hatte absetzen können und über die Schweiz nach Frankreich und schließlich im Mai 1946 nach Ägypten gelangt war, vom Rat der Arabischen Liga als Präsident der neu gebildeten palästinensisch-arabischen Exekutive eingesetzt wurde, der er allerdings von Kairo aus präsidieren mußte, da ihm die Engländer die Einreise nach Palästina verweigerten. Denn er wurde wohl kaum wegen seiner antijüdischen Hetzreden in Deutschland ernannt oder wegen seines „Nachweises“, daß der Islam und der Nationalsozialismus von gleichen Grundvorstellungen ausgingen, sondern weil die palästinensischen politischen Gruppierungen zerstritten waren und der Mufti eine integrative Symbolfigur ihres nationalen Widerstandes aus der Zeit vor seinem Exil darstellte<sup>106</sup>.

Doch ist festzuhalten, daß die Rolle des Mufti während des Zweiten Weltkriegs zweifellos alles andere als ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutsch-arabischen Beziehungen und der palästinensischen Nationalbewegung darstellt. Über das hinaus, was sich in den Akten niedergeschlagen hat, wurde Amīn al-Husainī in relativ mil-

<sup>105</sup> Zit. in Hurewitz, S. 192.

<sup>106</sup> Vgl. ebenda, S. 251–253. Der Mufti blieb bis 1959 in Ägypten und lebte danach bis zu seinem Tode (1974) im Libanon. Schon seit 1952 war er vom Nasser-Regime weitgehend ignoriert worden. Als 1964 die PLO gegründet wurde, war seine politische Karriere längst zu Ende gegangen. Schon 1963 war Ahmad Schuqairī als oberster politischer Repräsentant der Palästina-Araber von den arabischen Regierungen eingesetzt worden (vgl. Schechtman, S. 191–282).

der<sup>107</sup> oder in massiver Form<sup>108</sup> aber auch aktive Beteiligung an der Durchführung der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage“ vorgeworfen, sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als der Palästina-Konflikt seinem ersten Höhepunkt zustrebte und in der Person des Mufti die gesamte palästinensische Nationalbewegung diskreditiert werden sollte<sup>109</sup>, als auch erneut im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß. Ein ehemaliger Mitarbeiter Eichmanns soll einmal behauptet haben: „The Mufti was one of the initiators of the systematic extermination of European Jewry and had been a collaborator and advisor of Eichmann and Himmler in the execution of this plan. ... He was one of Eichmann's best friends and had constantly incited him to accelerate the extermination measures. I heard him say that, accompanied by Eichmann, he had visited incognito the gas chamber of Auschwitz.“<sup>110</sup> Simon Wiesenthal behauptete 1947, „that Haj Amin visited not only Auschwitz but also Maidanek. In both death camps he paid close attention to the efficiency of the crematoria, spoke to the leading personnel and was generous in his praise for those who were reported as particularly conscientious in their work.“<sup>111</sup>

Wer derartig massive Beschuldigungen erhebt, müßte hieb- und stichfeste Beweise vorlegen, um glaubwürdig zu bleiben. Der Mufti hat sich den Nazis durch antijüdische Reden angedient, aber zur Realisierung ihres antisemitischen Wahns bedurften sie keines „Semiten“<sup>112</sup>. Die gegenseitigen Diskreditierungsversuche von zionistischer und palästinensischer Seite werden zur Absurdität, wenn schließlich auf der einen Seite der Mufti als einer der Initiatoren und auf der anderen Seite Zionisten als Helfershelfer bei der Durchführung der „Endlösung“ erscheinen. Die Verantwortung für dieses Verbrechen sollte man getrost dem nationalsozialistischen Regime überlassen.

Amin al-Husaini, in der Vorkriegszeit der politisch prominenteste Palästina-Araber, hat sich während des Krieges massiv kompromittiert. Doch er war nicht *die* palästinensische Nationalbewegung. Was immer er in Berlin redete und tat, von den Nazis umworben und ausgenutzt zugleich, an seinem Schreibtisch immer illusionäre persönliche Ambitionen entwickelnd: durch den bloßen Hinweis auf seine Tätigkeit kann nicht die Legitimität der palästinensischen Nationalbewegung in Zweifel gezogen, kann das Pochen der Palästina-Araber auf ihre wirtschaftlichen, politischen und historischen Rechte nicht abqualifiziert, kann ihr Widerstand gegen Verdrän-

<sup>107</sup> Hirszowicz, S. 263 und 312 f.

<sup>108</sup> Schechtman, S. 152–163.

<sup>109</sup> Aus dieser Zeit werden häufig zwei Schriften zitiert, die mir für diese Arbeit nicht zur Verfügung standen: Maurice Pearlman, *Mufti of Jerusalem*, London 1947, und Simon Wiesenthal, *Großmufti – Großagent der Achse*, Salzburg und Wien 1947.

<sup>110</sup> Wiedergegeben in Schechtman, S. 160.

<sup>111</sup> Ebenda.

<sup>112</sup> Grobba meint, der wahre Grund für Hitlers Weigerung, die Unabhängigkeit der Araber offen anzuerkennen, sei gewesen, „daß er als Prediger der Überlegenheit der arischen Rasse es nicht einsehen wollte, daß die semitischen Araber für uns eine wertvolle Unterstützung sein könnten“ (S. 317). Was den Mufti anbelangt, so versuchte man, dem Problem dadurch auszuweichen, daß Hitler selbst und andere „Rassenexperten“ „arische Züge“ an ihm und „arisches Blut“ in ihm entdeckten (s. Hirszowicz, S. 263).

gung und Majorisierung nicht in ein Glied mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung gestellt werden. Es ist notwendig, sich Klarheit über die Aktivitäten des Mufti in Deutschland zu verschaffen<sup>113</sup>, damit sich jedermann davon distanzieren und den Blick wieder den eigentlichen Problemen der historischen Entwicklung des Palästina-Konflikts zuwenden kann. Eine Vertuschung der Rolle Amin al-Husainis wäre ebenso töricht und unangebracht wie eine Ablenkung von diesen eigentlichen Problemen durch den Hinweis auf den „Mufti unter dem Hakenkreuz“. Amin al-Husaini kehrte schließlich nicht als der gefeierte Führer der Araber aus Deutschland in den Nahen Osten zurück, sondern – gemessen an seinen eigenen Ambitionen – als politisch gescheiterte Existenz. Insoweit er in der Nachkriegszeit noch politische Aktivitäten entfalten konnte, war er auf ihre Duldung durch die arabischen Regierungen angewiesen, für die der Mufti noch eine Zeitlang eine Figur auf dem Schachbrett ihrer politischen Rivalitäten abgab.

Da es weder Herzl in den Jahren 1897/98 noch der zionistischen Bewegung während des Ersten Weltkriegs gelang, den Kaiser bzw. die Reichsregierung als Partner bei der Verwirklichung der zionistischen Ziele in Palästina zu gewinnen<sup>114</sup>, hat erst das nationalsozialistische Regime Deutschland in den Palästina-Konflikt verstrickt: durch die Verdrängung der Juden aus Deutschland und die Förderung ihrer Auswanderung nach Palästina; durch die propagandistische Unterstützung der Palästina-Araber vor allem seit 1937; durch den Holocaust, der in direkter Linie zur Teilung Palästinas, zur Gründung des Staates Israel und zum palästinensischen Exodus führte. Das Dritte Reich hat den Deutschen also eine Mitverantwortlichkeit für den Palästina-Konflikt in seiner Gesamtheit als historisches Erbe hinterlassen.

Gegenüber diesem Tatbestand erscheinen die Versuche, einerseits die Zionisten der Kollaboration mit den Nazis zu überführen und andererseits die Politik der palästinensischen Nationalbewegung mit den Aktivitäten Amin al-Husainis in Deutschland zu belasten und auf diese Weise zu diskreditieren, als fehl am Platze.

Das Bestreben der Zionisten, einen Teil der verfolgten Juden nach Palästina zu leiten, ist ein untaugliches Objekt für Zionismus-Kritik. Wer auf diese Weise den Zionismus in die Nähe des Faschismus rücken will, muß Schiffbruch erleiden. Das Argument, die ZVfD und die zionistische Bewegung generell hätten aktiv gegen die Nazi-herrschaft kämpfen sollen, statt die Auswanderung nach Palästina zu organisieren, ist insofern unrealistisch und unhistorisch, als ein solcher Kampf für die deutschen Juden

<sup>113</sup> Ein Gedenkartikel anlässlich des Todes des Mufti (1974) in Sch'ün Filastīniya übergang die Periode in Deutschland: 'Adschādsch Nuwaihīd, Al-hādsch Amin al-Husainī, in: Schu'ün Filastīniya 36 (1974), S. 5–11. In einem in der gleichen Nummer abgedruckten Interview, das kurz vor seinem Tode gemacht wurde, antwortete der Mufti auf die Frage nach seiner Tätigkeit in Deutschland mit der alten Formel von den damaligen gemeinsamen Feinden, Engländern und Juden, und mit der Redensart „Der Feind Deines Feindes ist Dein Freund“: 'Imād Schaḡūr und Chairīya Qāsīmīya, Muqābalatān ma'a al-hādsch Amin al-Husainī, in: ebenda, S. 17 f.

<sup>114</sup> Vgl. Egmont Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, bes. Kap. III; Isaiah Friedman, Germany, Turkey, and Zionism, 1897–1918, Oxford 1977.

nur Selbstzerstörung vor der „Endlösung“ bedeutet hätte. Man muß realistische Alternativen mitdenken, wenn Geschichtsschreibung sinnvoll bleiben soll.

Der Versuch, die arabisch-palästinensische Nationalbewegung unter Hinweis auf den Mufti im Dienste der Achsenmächte in toto zu desavouieren, erweist sich als ein vordergründiges Ablenkungsmanöver. Amín al-Husainí kann genausowenig mit den Palästina-Arabern gleichgesetzt werden wie rechtsradikale zionistische Terrorgruppen mit der zionistischen Bewegung. Auch verschleiert ein solcher Versuch die Tatsache, daß die Politik der palästinensischen Nationalbewegung immer eine Politik des Reagierens, des Widerstandes, des Sich-Wehrens war. Insoweit dabei die Unterscheidung zwischen dem Jischuw bzw. den Juden insgesamt und der zionistischen Bewegung aufgegeben wurde, war dies nicht nur ein „schrecklicher Sieg des Zionismus“, wie Nathan Weinstock schrieb<sup>115</sup>, sondern auch ein schrecklicher Sieg des Nationalsozialismus.

Es gehört auch zu den Paradoxa des Palästina-Konflikts, daß das Bestreben der zionistischen Bewegung, Palästina zur Heimstätte der in Europa verfolgten und von physischer Vernichtung bedrohten Juden zu machen, die Existenz der teilweise blühenden jüdischen Gemeinden in arabischen Ländern gefährdete. Nach der Gründung des Staates Israel und nach der Aufnahme der Überlebenden der Konzentrationslager kam ein großer Teil der jüdischen Immigranten aus arabischen Ländern<sup>116</sup>. Der Palästina-Konflikt machte sie zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Die politische, soziale und ökonomische Unterprivilegierung dieser „orientalischen Juden“, die heute fast 60% der Bevölkerung ausmachen, bildet eines der explosiven Probleme der israelischen Gesellschaft. Der europäische Antisemitismus und die nationalsozialistische Judenverfolgung haben also eine Kettenreaktion ausgelöst: Exodus von Juden aus Europa, Exodus der Palästina-Araber, Exodus der Juden aus arabischen Ländern.

Die Araber im allgemeinen und die Palästina-Araber im besonderen wurden vom nationalsozialistischen Regime jedoch nur halbherzig, ohne Sympathie und ohne wirkliches Verständnis für ihre Probleme unterstützt, zumal zunächst auf England, dann auf Italien und auf die Vichy-Regierung Rücksicht genommen werden mußte. Die Beziehungen des Dritten Reiches zu den Arabern beruhten auf einer einseitigen „Freundschaft“, die zudem noch von fatalen Widersprüchen geprägt war, wenn man die Folgen des nationalsozialistischen Rassenwahns für den Nahen Osten bedenkt.

<sup>115</sup> Zit. in Flores, *Die Entwicklung*, S. 102.

<sup>116</sup> Israel Pocket Library, *Immigration and Settlement*, Jerusalem 1973, Kap. 5.